

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,  
 wochentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaarte Kolumnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 vollständige und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Berichterstattungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 12. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

## Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse 1894-1898.

II.

Unter Berücksichtigung dieser Steigerungssätze für die einzelnen  
 Sorten des Haushaltsbudgets ergibt sich nunmehr folgende General-  
 aufstellung. Der Arbeiter muß, um die nämlichen Waren zu kaufen  
 und die gleiche Wohnung innezuhaben wie im Jahre 1894, im Jahre  
 1898 folgende Geldbeträge dafür verwenden:

	Betrag 1894 in Mark	Zuschlag (resp. -Abschlag) für 1898 in Proz.	Betrag 1898 in Mark
Ernährung . . . . .	256,14	13	285,10
Wohnung . . . . .	143,52	0	143,52
Kleidung . . . . .	106,57	15	122,56
Heizung und Beleuchtung . . . . .	79,98	5	75,98
Heizung und Beleuchtung . . . . .	33,30	10	36,63
Uebrig Ausgaben . . . . .	46,38	0	46,38
<b>Sa.</b>	<b>666,14</b>	<b>6,51</b>	<b>710,51</b>

Bei überaus gering angenommenen Steigerungen kommen  
 wir zu dem Schluss, daß ein Arbeiter, der 1894 666,14 M. für  
 seinen Lebensunterhalt verbrauchte, im Jahre 1898 mindestens  
 710,51 M. verdienen mußte, um den nämlichen Lebensunterhalt zu  
 bestreiten wie 1894. Eine Lohnerhöhung des betreffenden Arbeiters  
 um 43,37 während der Jahre 1894/98 würde also noch nicht irgend  
 welche wirtschaftliche Verbesserung der Lage des Arbeiters bedeuten;  
 sie wäre vielmehr nur der notwendige Ausgleich gegenüber der ge-  
 steuerten Kaufkraft des Geldes.

Nun haben wir in unserer früheren Untersuchung über die Be-  
 wegung der Löhne in den Jahren 1894-1898 gefunden, daß der  
 Lohn von 666,14 M. im Jahre 1894 auf 742,52 M. im  
 Jahre 1898 gestiegen ist. Nach dem nominellen Geldwert be-  
 trägt diese Steigerung allerdings 11,46 Proz. Für die wirt-  
 schaftliche Lage des Arbeiters bedeutet aber die Lohnsteigerung  
 sehr viel weniger. Er muß mit Rücksicht auf seinen Lebens-  
 unterhalt im Jahre 1898 710,51 M. mit den 666,14 M. im Jahre  
 1894 gleichwertig setzen. Nur was er über diese 710,51 M. verdient  
 hat, ist wirklicher Mehrerwerb gegenüber dem Lohne von 1894.  
 Dieser Mehrerwerb beträgt daher nicht, wie nach dem nominellen  
 Lohne berechnet werden könnte, 76,38 M., sondern nur 742,52  
 weniger 710,51 = 32,01 M. Unter Berücksichtigung der Geldwertveränderung  
 ist also der wirkliche Mehrerwerb nur um 4 1/2 Proz., oder will  
 man den Prozentsatz mit dem Geldwertlohn von 1894 ins Ver-  
 hältnis setzen, um 4 1/2 Proz. gestiegen.

Zur Bewertung dieses Schlussergebnisses muß man sich noch  
 einmal vergegenwärtigen, daß die Jahre 1894/98 eine Periode  
 lebhaftesten Geschäftsganges repräsentieren, in denen auf dem  
 deutschen Arbeitsmarkte eine ständige Nachfrage nach Arbeitskräften  
 sich bemerkbar machte, in denen die Chancen für die Arbeiterklasse  
 verhältnismäßig günstig lagen. Angesichts dieses Umstandes allein  
 schon ist eine durchschnittliche allgemeine Lohnerhöhung von 4 1/2 Proz.  
 ein ganz minimaler Anteil an den reichen Erträgen der geschäft-  
 lichen Konjunktur. Die Behauptungen der Gegner der Arbeiter-  
 bewegung, wonach auch die Arbeiter in den Jahren  
 1894/1898 so reich mit Lohnerhöhungen bedacht worden  
 seien, stimmen also nicht mit der Wirklichkeit. Wohl  
 haben einzelne Arbeiterkategorien, so im Bergbau, in der Eisen- und  
 Maschinen-Industrie wesentliche Lohnsteigerungen zu verzeichnen, aber  
 auch bei diesen ist zu beachten: einmal, daß sie durch die Steigerung  
 der Warenpreise eine starke Vereinträchtigung in ihrer Wirkung auf  
 die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter erfahren, sodann aber, daß  
 zu einem hohen Prozentsatz diese Lohnsteigerungen durch Vermehrung  
 der Arbeitsdauer, durch Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeiten, durch  
 den Ausfall von Feiertagen, kurz durch vermehrte Ausgabe von  
 Arbeitskraft an die Unternehmer herbeigeführt wurden.

Wenn gar behauptet wird, daß die deutsche Arbeiterklasse an  
 den Erträgen des Aufschwungs einen entsprechenden  
 Anteil bekommen hätte wie Unternehmer und Kapitalisten, so ist  
 diese Behauptung vollends gänzlich unhaltbar.

Nach unseren eingehenden Berechnungen sind die Gewinne des  
 industriellen Kapitals sehr viel rascher und stärker gewachsen, als die  
 Vergütung des in der menschlichen Arbeitskraft stehenden Kapitals.  
 Nehmen wir an, daß der Lohn die Vergütung der kapitalisierten  
 Arbeitskraft darstelle und im Jahre 1896 die Vergütung für das  
 Geldkapital den nämlichen Satz betragen hätte wie für das Arbeits-  
 kraftkapital, so würden wir unter Feststellung gleicher Kapital-  
 summen zu folgender Vergütung des Geld- sowie des in der  
 Arbeitskraft stehenden Kapitals gelangen. Es verzinst sich  
 das Geld- das Arbeitskraft-  
 Kapital

Jahr	zu	zu
1895 . . . . .	6,29 Proz.	6,29 Proz.
1896 . . . . .	7,19	6,48
1897 . . . . .	8,61	6,67
1898 . . . . .	8,46	6,94

Während die Vergütung des Unternehmungskapitals in den  
 Jahren 1895-1898 von 6,29 auf 8,46, also um mir als den dritten  
 Teil gestiegen ist, hat sich die Vergütung des von den Arbeitern re-  
 präsentierten Arbeitskraft-Kapitals nur von 6,29 auf 6,94, also um  
 0,65, das ist noch nicht ganz ein Fünftel, gehoben. Das Unter-  
 nehmertum und die Kapitalisten haben, Vergütung des Kapitals  
 und Löhne auf einen Kenner gebracht, von 1895 auf 1898 mehr als  
 dreimal schneller und stärker verdient wie die deutschen Arbeiter.  
 Das ist das Endergebnis unserer Untersuchungen über den  
 Unternehmungsgeheimnis des industriellen Kapitals, über die  
 Löhne und über die Lebenshaltung der Arbeiter in  
 der Zeit der nunmehr abgelaufenen geschäftlichen Hochkonjunktur.  
 Aus der von uns angemachten Bilanz ergibt sich aber, daß eine  
 Volkswirtschaft mit rasch steigender Produktivität den Ausgleich  
 zwischen Konsum und Produktion nie finden wird, so lange nicht  
 durch weit erheblichere Lohnsteigerungen, als sie in der angeführten  
 Zeit erfolgt sind, die Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung ge-  
 stärkt wird. Wenn wir jetzt in die rückläufige Bewegung eingetreten  
 sind und kritische Zeiten mit Geschäftstodungen, Arbeitslosigkeit usw.  
 nicht ausgeschlossen sind, so liegen die letzten Gründe dieses Um-  
 schwungs daran, daß die Lohnerhöhungen der letzten Jahre zu klein

waren, um die Arbeiterklasse zu befähigen, auf dem von Jahr zu  
 Jahr reicheren, und nunmehr bald überfüllten Warenmarkte dauernd  
 als gute Abnehmer mit ständig steigendem Bedarf aufzutreten.

r. c.

## China.

Aus Peking nichts — aus Tientsin Nachrichten von schwersten,  
 opferreichen Kämpfen, die in Wälde erwarten lassen, daß die fremden  
 Truppen die Stadt räumen. So wenig man den berichteten Einzel-  
 heiten über die Lage in Tientsin trauen darf — offizielle Berichte  
 fehlen — so ist die Situation in Tientsin doch immerhin noch ver-  
 hältnismäßig klar zu übersehen.

Dagegen sind die Meldungen aus Peking samt und sonders er-  
 funden, zumeist mit einem fast komisch wirklichen Ungeschick fabriziert.  
 Die Diplomaten der einzelnen Länder pflegen ja verschiedene Methoden  
 anzuwenden. Wenn die neuesten Nachrichten über die Vorgänge  
 in Peking Ergebnisse chinesischer Diplomatie sein sollten, die  
 alle Wässer zu trüben suchen, so lassen diese Kundgebungen die viel-  
 gerühmte chinesische Schlanheit völlig vernünftigen. Denn wer soll  
 daran glauben, daß die Gesandten und Fremden jetzt geborgen sind,  
 obgleich seit dem 24. Juni, seit dem Verzweiflungsschrei Harts,  
 nicht eine einzige Meldung von ihnen selbst gekommen ist. Wenn es  
 Gort gelang, eine Postkutsche an die Truppen zu entsenden, damals,  
 als die Fremden und Gesandten in höchster Gefahr schwebten, so  
 mühte es doch erst recht möglich sein, Nachricht zu geben, nachdem  
 sie angeblich von den Gegenrevolutionären gerettet sind.

Dieses Schweigen der Beteiligten selbst kann nur aus zweierlei  
 Gründen hervorgehen, daß die Fremden nicht mehr am Leben oder aber daß sie  
 in der Gefangenschaft der Boxer sind, die sie möglicherweise als  
 Geiseln hielten. In keinem Fall kann dieses unheimliche Verschweigen  
 als ein Beweis für die Wichtigkeit der Telegramme gelten, die davon  
 reden, daß die Gesandten außer Gefahr seien. Wenn die fremden-  
 freundliche Gegenrevolution gestiegt hätte, so würde sich die Re-  
 gierung es zuerst haben angelegen sein lassen, die eigenen Nach-  
 richten der Gesandten an die Küste zu übermitteln.

So stehen also die Dinge noch immer in Peking. Wir  
 wissen gar nichts. Die Geistes- und Geistes-Telegramme sind ebenso er-  
 funden wie die Beschwichtigungsmeldungen.

Die Kämpfe in Tientsin sind äußerst blutig und bedeuten be-  
 nahe eine Katastrophe für die vereinigten Truppen der Mächte.  
 Die russische und die deutsche Abteilung scheinen besonders schwer  
 betroffen.

Als Bundesgenosse gesellt sich zu den Boxern die aus Indien  
 hereindringende Cholera.

## Nichts aus Peking.

Wie der deutsche Konsul in Tschifu telegraphiert, hat der  
 Gouverneur von Schantung an die fremden Konsuln in Tschifu eine  
 amtliche Depesche gerichtet, wonach laut Nachrichten vom 4. Juli  
 die Gesandten in Peking außer Gefahr und die Rebellion im  
 Abnehmen sein soll. Alle katholischen und evangelischen Missionen  
 in Schantung sind nach Tschifu oder Tsinan gebracht.

In ähnlicher Weise teilte der Pariser chinesische Gesandte dem  
 Minister des Aeußeren Delcassé mit, daß der Vicelkönig Li-Chung-  
 Tschang ihm eine Depesche aus Kanton vom 10. d. M. gelaunt habe,  
 nach welcher Li-Chung-Tschang ein Telegramm aus Peking empfangen,  
 besagend, daß die Soldaten und Rebellen, welche die  
 Gesandtschaften umzingelten, sich nach und nach  
 zerstreuen.

Dem „Daily Mail“ wird aus Shanghai gemeldet, daß dort  
 ein Exemplar eines der Edikte des Prinzen Tuan eingetroffen ist,  
 in welchem er sich selbst als Kaiser bezeichnet.

Ein englisches Sensationsblatt läßt nicht nur die Kaiserin,  
 sondern auch den eigentlichen Kaiser selbst wieder  
 regieren. Danach wäre in Shanghai eine Postkutsche aus  
 Peking eingetroffen, die das Datum des 2. Juli trug, vom  
 Kaiser Kwangsu persönlich an den Vicelkönig Liu von Kanton ge-  
 richtet war und angeblich der russischen, englischen und japanischen  
 Regierung zu übermittelnde Noten enthielt. Der Kaiser beklagt  
 darin die Vorgänge der jüngsten Zeit und versichert, daß die  
 legitime Regierung niemals etwas mit dem Schutze der Boxer  
 zu thun gehabt habe, vielmehr die Unterstützung der Mächte  
 zur Unterdrückung der Bewegung anrufe. Demselben Blatte  
 zufolge bemüht man sich in amtlichen chinesischen Kreisen, die Sache  
 so hinzustellen, als habe Freiherr v. Ketteler seinen Tod nicht bloß  
 seiner allgemeinen Unpopulartät zuzuschreiben, sondern durch fehler-  
 lässiges Verhalten, indem er sich ohne genügenden Schutz der Wut  
 eines rasenden Pöbelhaufens aussetzte, seine Ermordung halb und  
 halb provoziert. Durch sie wiederum habe sich in der Hauptstadt  
 die Woge der Wut erst endgültig auf die Seite der Boxer geneigt.  
 Alle vorhergehenden Meldungen sind, wie wir wiederholen,  
 gänzlich wertlos.

Nach dem „Figaro“ umfaßt die französische Kolonie in Peking  
 unter Einschluß von 10 Frauen und 6 Kindern 171 Personen, näm-  
 lich 17 von der Gesandtschaft, 75 von der Schutzwache, 17 Beamte  
 und Kaufleute und 49 von der Mission, darunter Bischof Javier,  
 sowie 18 vom Bau der Hanfseidenbahn wahrscheinlich nach Peking ge-  
 schickte Techniker.

## Kämpfe in Tientsin.

Bei Tientsin finden tagtäglich Kämpfe statt. Wir ordnen die  
 Nachrichten zeitlich.

4. Juli. Ueber die Kämpfe an diesem Tage meldet „Daily  
 Express“ aus Tschifu folgende, nicht ohne weiteres als zuverlässig  
 anzunehmende Einzelheiten:

Die Chinesen griffen Tientsin am 4. Juli mit 75 000 Mann  
 und über 100 Geschützen an, welches von 14 000 Mann der  
 vereinigten Truppen verteidigt wurde. Die Russen und  
 die Japaner hatten die stärksten Verluste. Von einer russischen  
 Infanterie-Compagnie in Stärke von 120 Mann wurden mit  
 Ausnahme von 5 Mann alle getötet oder verwundet. Große  
 Verluste hatte auch das deutsche Kontingent, die Verluste der  
 Engländer betragen 30 Mann. Die Deutschen sandten

250 Kranke und Verwundete, meist von Admiral Seymour's  
 Kolonne, in großen Fluchbooten nach Taku; dieselben wurden  
 auf dem ganzen Wege dorthin von den Chinesen unanfechtlich be-  
 lästigt.

Am 5.-8. Juli wurden die Fremdeniederlassungen wiederholt  
 von den Chinesen bombardiert.

6. Juli. 2000 Boxer werden, nach einem Telegramm des  
 deutschen Konsuls in Tientsin, von den Russen zurückgeschlagen.

Englische Blätter berichten über diese Kämpfe über Shongai:  
 Der Kampf um Tientsin am 6. Juli war bis jetzt der heftigste  
 von allen. Die Russen allein begruben 200 Tote. Die Chinesen  
 beschießen die Stadt vom Nordwestwall des Stadtforts. Der Laotai  
 und die Mitglieder des Namens bezweifelten, ob die vorhandene  
 Streitmacht der vereinigten Truppen im Stande ist, und zuhalten,  
 falls nicht bald große Verstärkungen eintreffen. Die Vereinten  
 Tientsins sind durch die beständigen Kämpfe ermüdet, und es ist  
 nur dem glänzenden Kunstfertigkeit der Kosaken zu verdanken,  
 daß die Stellung der Verbündeten nicht schon längst erklammert sind.

Nach einer andern Meldung gelang es an diesem Tage der  
 Artillerie der vereinigten Truppen, die Chinesen, die mit zwei vier-  
 zölligen Batterien angriffen, nach achtsündigem Gefecht zum  
 Schweigen zu bringen.

Am 7. Juli bombardierten die Engländer und Japaner die  
 chinesischen Batterien. Abends schlugen chinesische Granaten in das  
 Dach des deutschen Konsulats und zündeten, das Feuer wurde aber  
 sofort gelöscht und es ist nur unerheblicher Schaden entstanden.

Der Dampfer „Peiping“ ging am 8. Juli mit einem deutschen  
 Verwundeten-Transport nach Taku ab. Die Wasserstraße Tientsin-  
 Taku ist nach Besetzung eines auf halbem Wege gelegenen Forts sicher,  
 auch die Eisenbahn nach Tschifu ist bis auf drei englische Meilen vor  
 Tientsin wieder hergestellt. Fast alle Familien der dort ansässigen  
 Fremden sind schon am 4. Juli nach Taku abgereist.

Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Tientsin bezeichnet die  
 Gefährlichkeit der Chinesen bei der Bedienung der Artillerie und ihre  
 Treffsicherheit als staunenerregend.

## Die Cholera.

Die „Times“ meldet aus Simla, daß eine schwere Cholera-  
 Epidemie in Kohat, woher ein Sikh-Regiment kürzlich nach China  
 abgegangen ist, herrscht. In der vergangenen Woche seien 207 Fälle,  
 darunter 77 mit tödlichem Ausgange, unter der Eingeborenen-  
 Garnison und dem Lagertrupp vorgekommen.

## Ausdehnung des Aufstands.

Der unzuverlässige „Daily Express“ meldet aus Tschifu vom  
 10. d. M.: Die Russen senden 30 000 Mann von Kirin, südwestlich  
 von Kirin, nach der Eisenbahnlinie zwischen Kirin und Tschifu-  
 Sialing dieses Ortes verbrannten die Chinesen alle Brücken und  
 führten eine Schreckensherrschaft in der ganzen südlichen  
 Mandchurei ein.

Eine von der Südbahn der Chinesischen Eisenbahn in Petersburg  
 eingetroffene Privatmeldung besagt: Die chinesischen Arbeiter streiken,  
 die Arbeit ist eingestellt. Keine Arbeiter sind aufzutreiben. Der  
 Schienenstrang, 70 Werst lang, ist demoliert, die Schienen sind zerstört.  
 Die Telegraphenverbindung zwischen Port Arthur und Wladivostok  
 ist zerstört. In Kirin begannen Ueberfälle. Der Zustand im  
 Norden wächst.

Nach einem in Rom eingelaufenen Telegramm sind der  
 apostolische Vikar Guillon in Wuldun, zwei Pariser Missionare und  
 zwei barmherzige Schwestern getötet worden.

## Rüfungen der Mächte.

Nach der Mitteilung einer Marinekorrespondenz soll die von  
 Deutschland zur Entsendung gelangende Seebrigade mehr als  
 10 000 Mann umfassen. Zählt man die bereits in Ostasien befind-  
 lichen Truppen hinzu und die inzwischen dahin passierten, so würde  
 das gesamte deutsche Aufgebot 23 000 Köpfe betragen.

Mit der Anwerbung von deutschen Freiwilligen geht es trotz der  
 patriotischen Klänge nicht ganz glatt ab. Beim Train ist der Ver-  
 darf nicht so leicht gedeckt worden. Von dieser Truppengattung wird  
 zur Ausrüstung der Fahrkolonnen (für Sanitätszwecke, Wonten-  
 transport, Feldbäckerei etc.) eine verhältnismäßig große Zahl von  
 Unteroffizieren gebraucht, da von denen, die sich freiwillig meldeten,  
 nicht die hinreichende Zahl tropendienstfähig befunden worden  
 ist, so hat man auf die Weisheiten und Mannschaften zurückgegriffen,  
 die sich freiwillig dazu bereit erklärten und gleich als Unteroffiziere  
 mitgehen.

Die amerikanische Haltung kennzeichnet ein Rund-  
 schreiben des Staatssekretärs Day an die Vertreter der Vereinigten  
 Staaten im Auslande am 8. d. Mts., in dem er erklärt,  
 daß die Vereinigten Staaten die Zustände in Peking als völlige  
 Anarchie ansehen und meinen, daß die Staatsgewalt und die Verant-  
 wortlichkeit hauptsächlich zur Zeit auf den Lokal- und Provinzial-  
 Behörden beruhen. So lange diese nicht offen mit den Aufstrebenden sich ver-  
 binden, und so lange sie ihre Gewalt dazu benützen, das Leben und Eigen-  
 tum der Fremden zu schänden, werde Amerika sie als Vertreter des  
 chinesischen Volks an, mit dem es in Frieden und als Freund-  
 schaft leben wolle. Die Absicht des Präsidenten sei, wie bisher, darauf  
 gerichtet, in Uebereinstimmung mit den Mächten zu handeln bei  
 Wiedereröffnung der Verbindung mit Peking und Befreiung der  
 dortigen Amerikaner, bei dem Schutz von Leben, Eigentum und  
 Interessen amerikanischer Staatsangehöriger und bei dem Bestreben,  
 ein Uebergreifen der Unruhen in andre Provinzen zu verhindern  
 und solche Unruhen zu beseitigen. Die Politik der Vereinigten  
 Staaten verfolge das Ziel, eine Lösung zu suchen, welche für China  
 dauernden Frieden und Ruhe zu Stande bringe, welche China als  
 territoriales und administratives Ganzes be-  
 stehen lasse, unter Wahrung aller den befreundeten Mächten  
 durch Verträge und Völkerrecht garantierten Rechte, und welche  
 schließlich für die ganze Welt an dem Prinzip des gleichen und  
 unparteiischen Handels mit allen Häfen Chinas festhalte.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Juli.

## Diplomatische Beleuchtung.

Wir erhalten durch das Wolffsche Bureau folgende feier-  
 liche Botschaft vom Mittwoch:

Der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten trat heute Vormittag zu einer Sitzung zusammen, um Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen v. Bülow über die Lage in Ostasien entgegenzunehmen. Bayern war durch den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Craillheim, Sachsen durch den Staatsminister v. Meisch vertreten. Nach einer längeren Besprechung, an der sich sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten, konstatierte der Vorsitzende die einmütige Zustimmung des Ausschusses zu den eingehenden Darlegungen des Grafen v. Bülow.

So — jetzt weiß das Volk also, wie die verbündeten Regierungen über die chinesische Frage denken! Es hat zwar sehr lange gedauert, bis man in Berlin das Bedürfnis empfand, auch die anderen Regierungen des Deutschen Reichs um ihre Meinung über den Krieg zu befragen — wir führen ja nur einen Krieg, der amtlich nicht als Krieg gebucht ist — aber es ist dafür nun auch etwas Gründliches herausgekommen aus der Beratung der vereinigten Schicksalsgenossen Deutschlands. Eine Flut hellen Lichts quillt befreit in das Volk, und die ganze Welt hört mit innigem Dankgefühl die herrliche, klare Kunde — — — die Herren v. Craillheim, Meisch, und die anderen ungenannten Staatsmänner sind mit dem Herrn v. Bülow, der diesmal seine Gemeinplätze nicht an der Sonne, sondern im tiefsten Schatten der Diplomatie zu haben begehrt — die Craillheim, Meisch, Bülow sind — hört es, ihr Völker, und atmet auf — — — einig.

Wer nun nach dieser erlösenden Volksschaft noch nicht weiß, wie die in einmütigen Denken verbündeten Regierungen über die chinesische Frage urteilen, der ist ein unheilbarer Aretin und ihm ist nicht zu helfen.

Jetzt ist natürlich auch die Einberufung des Reichstags, die man nach halbamtlichen Äußerungen gegenwärtig für möglich hält und die von einigen süddeutschen Regierungen gewünscht zu werden scheint, gänzlich überflüssig und entbehrlich.

Wir wissen ja alles!  
Die Herren v. Craillheim, v. Meisch, v. Bülow sind einig, einig, einig.

Gott sei Dank!  
Die Katastrophe wäre nicht ausgedenkt gewesen, wenn etwa Herr v. Meisch anderer Meinung gewesen wäre, wie Graf Bülow.

Aber sie sind einig!  
Das Volk, die Welt ist beruhigt, nur China zittert vor der Einigkeit der Herren v. Craillheim, v. Meisch und v. Bülow! —

### Die Mühlhauser Reichstagswahl, der „Reichsgedanken“ und die Weltmachtpolitik.

Aus Elsass-Lothringen schreibt man uns:  
Mit unendlicher Heiterkeit hat man hier zu Lande im Lager aller Parteien die tollen Jubelansprüche aufgenommen, zu welchen der Ausfall der Reichstagswahl in Mühlhausen die Presorgone der reichsdeutschen Flotten- und Weltmachtschwärmer begeistert hat. So leid es uns auch thut, den Herren die holde Illusion rauben zu müssen, mittels deren sie sich über die blutigen Mißerfolge der deutschen Expansionspolitik hinwegzutäuschen suchen, so halten wir es doch im Interesse der Wahrheit für unsere patriotische Pflicht, die überschwänglichen Jubelhymnen auf denjenigen Ton herabzustimmen, der durch die tatsächlichen Verhältnisse allein gerechtfertigt erscheint. Und diese Tonart dürfte — so fürchten wir — jenen Herren nicht gerade angenehm in den Ohren klingen.

Die gute „National-Zeitung“ erwidert in dem Siege des Mühlhauser Großfabrikanten, Schützöllners und Flottenfreundes Schlumberger einen „spontanen, flammenden Protest gegen die schmachvolle Haltung der sozialdemokratischen Presse in der weltpolitischen Frage, die heute das deutsche Volk, die ganze Kulturwelt bewegt, und in der es den Führern der deutschen Sozialdemokraten vorbehalten war, sich auf die Seite der das Völkerrecht mit Füßen tretenden Barbaren zu stellen und Deutsche Reich unangeführt zu beschimpfen.“ Die Wahl — so meint das Blatt — sei die beste Antwort auf die unentwegte Vereinnahmung in allen nationalen Fragen. Auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ registrieren den Mühlhauser Wahlausfall als einen moralischen Erfolg der Schützöllner und der fortschreitenden Marinisierung der deutschen Wählerschaft. Der Berliner „Post“ des Panzerplattensönigs Stimmentlich erscheint als erfreuliche Seite der Wahl die Thatsache, daß „in dem Siege des Kommerzienrats Schlumberger der Reichsgedanke durchgedrungen ist, und daß der Wahlkreis Mühlhausen nunmehr mit einem glänzenden Mehrheitsergebnis offiziell eintritt in die deutsche Interessengemeinschaft; er ist wieder unser geworden, das wiegt mehr als alles andre.“

Was an dieser aus der Entfernung erfolgten Beurteilung der politischen Manifestation der oberelsässischen Reichstags-Wählerschaft am meisten auffallen muß, das ist der unverjöhnliche, direkt diametrale Gegensatz, in dem sie zu den Kommentaren steht, mit denen die bürgerliche Presse des Reichslandes selbst das Mühlhauser Wahlergebnis begleitet. Und das werden uns die Herren von der „Nationalzeitung“ und ihre Vetter — unbekümmert ihres hohen politischen Verstandes — doch gewiß zugestehen, daß ihre parteigenösslichen Kollegen in Elsass-Lothringen, die doch seit Jahren den Pulsschlag des öffentlichen politischen Lebens der Reichslande mit eigener Hand zu fühlen in der Lage sind, zur Beurteilung der Bedeutung des Mühlhauser Wahlausfalls in höherem Maße befähigt sind, als sie selbst. Und da ist es doch recht sonderbar, daß in der gesamten reichs- und regierungsfreundlichen Presse unsres Landes sich keine einzige Stimme fand, die sich dazu verstiegen hätte, die Wahl Schlumbergers nach Art der genannten Berliner Presorgane als einen Erfolg der Germanisierung oder gar der flotten-tollen Weltmachtsideen darzustellen.

Wie nächstens man in Elsass-Lothringen vom national-deutschen Standpunkt das Wahlergebnis beurteilt, dafür ist die „Straßburger Post“, der reichsdeutsche Ableger der „Österreichischen Zeitung“ und Moniteur des Diktatorministeriums „Püttlamer“, ein klassisches Beispiel. Von nationalen oder weltmachtspolitischen Kraftphrasen im Stil der „National-Zeitung“, der „Post“ etc. findet sich in ihren Wahlberichtigungen auch nicht ein Sterbenswörtchen! Wohl rühmt das Blatt das politische Verständnis, die Wahlbiologie des gegen die Sozialdemokratie koalitierten Bürgerturns und den Scharfsinn und die Festigkeit seiner Führer. Die Palme des Verdienstes um den Wahlsieg der Bürgerlichen reicht es aber unbedenklich dem Reichstags-Abgeordneten Winterer, dem Führer der liberalen Elsäßer-Gruppe, der mit seinen Getreuen bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag gegen die Flottenvermehrung votiert hatte. „Ebenso klug als tallvoll“ — so sagt das Regierungs-Organ von der Wahlthätigkeit Winterers — mußte er alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen und dem Kandidaten, dessen Wahl er im Interesse der Stadt Mühlhausen und des Reichslandes für richtig hielt, die Pfade zu ebnen.“ Und wer

es mit angesehen hat, mit welcher zäher Bestissenheit Herr Winterer über die ganze Zeit des Wahllampfs befreit war, die Wählerschaft über die Flottenfreundlichkeit des bürgerlichen Bewerberpaars hinwegzutäuschen, ihnen klar zu machen, daß in den nächsten drei Jahren bis zu den allgemeinen Wahlen, ja keine neue Marinevorlage mehr an den Reichstag kommen werde, so daß die Wahl Schlumbergers in dieser Hinsicht gewiß keinen Schaden bringen könne, der begreift ohne weiteres die Aufrichtigkeit der Dankeserzählung des Straßburger Regierungsorgans, das aus der Kenntnis der Stimmung der Mühlhauser Wählerschaft heraus die Befürchtung hegte, die Marinechwärmerei ihres Auserwählten werde der Kandidatur Schlumberger am Wahltage „das Genick brechen“.

Ebenso fatal wie die Wahlberichtigung des offiziellen Püttlamer-Blattes ist für die Herolde des „Reichsgedankens“ auch die Auslegung, die das Leitorgan des Herrn Schlumberger selbst, der Mühlhauser „Express“, dem ordnungsparteilichen Wahlsieg giebt, indem es schreibt:

„Die Wahl des 5. Juni war eine imposante Kundgebung des Volkspatriotismus. Stadt und Land haben ihre Zusammengehörigkeit glänzend behundet. Sie lehnten sich entschieden gegen den Jügerreißer auf, den bekannte Herren in Berlin hierher sandten, deren Verlockungen wir nie folgen werden.“

„Armer Reichsgedanke!“ Bedauerndes „Hef ins Volk gebrungenes Verständnis für unsre Seemacht!“

Mit welchem Raffinement aber hat Herr Schlumberger selbst die notorischweise in seiner Wählerschaft schlummernden elssässisch-partikularistischen und verstedt-protestantischen Instinkte in den Dienst seiner Wahlkandidatur zu stellen gewußt! Man denke an das Märchen von der Vergrühungsbrede für den Statthalter!

Die Wirkung jener Schlumbergerischen „Entfaltung“ blieb in der That auch nicht aus. In überschwänglicher Weise wurde diese Haltung des Protektors Schlumberger in der elssässischen Presse während des Wahllampfs als eine „Rettungsthat“ gegenüber den Entschlüssen des Gouvernements gerühmt, und aus dieser Vergewaltigung eines freien Staatsbürgers, der es unter seiner Würde hielt, den Vertreter des Reichsoberhauptes zu begrüßen, der Stoff zu einer Reihe von nichts weniger als reichsfreundlichen Leitartikeln genommen. Und das Ministerium in Straßburg, das die Stimmung der Mühlhauser Wählerschaft wohl zu beurteilen verstand — besser als die „Post“ und „National-Zeitung“ — Männer in Berlin! — und dem es nur erwünscht sein konnte, auf diesem Wege auch die bürgerlich-oppositionelle Wählerschaft des Kreises für die Kandidatur des politischen „Helden“ und „Gefinnungsmärtyrers“ Schlumberger gewonnen zu sehen: es ließ die Schlumbergerische Märchengehirne, von der es wohl wußte, daß sie den Thatsachen nicht entspricht, wie der „Vorwärts“ schon gestern erzählte, im Wahllampfs ruhig ihre Wirkung thun und wartete mit der Berichtigung desselben zu bis — am Tag nach der Wahl. Schließlich war ihm eben der Großfabrikant, Schützöllner und Marinechwärmer Schlumberger, wenn ihm auch fast protestantische Reaktionen anhafteten, doch angenehmer als der Sozialist Emmel; und die Verdrängung des letzten Sozialdemokraten aus der Reichstags-Vertretung Elsass-Lothringens war für die Regierung in Straßburg, der vom früheren Vertreter Mühlhausens von der Tribüne des Reichsparlaments aus manchmal so unangenehm zugezogen worden war, begreiflicherweise ein Ziel, das die kleine Unmoral eines solchen protestantisch-gouvernementalen Wahlmanövers wohl aufzuwiegen vermochte.

Dergestalt waren also die Hilfsmittel, mittels deren man dem „Reichsgedanken“ und dem „Verständnis für unsre Seemacht“ im Mühlhauser Wahllampfs zum „Durchbruch“ verhalf: auf der einen Seite die ausschlaggebende Unterstützung der Schlumbergerischen Kandidatur durch den elssässisch-oppositionellen Pfarrer Winterer, den ausgesprochenen Gegner der jüngsten Flottenvermehrung, auf der andern der Appell an die direkt reichsfeindlichen Instinkte der großen Wählermassen des Kreises. In der That eine glänzende Illustration zu den national-marinistischen Kraftphrasen des weltmachtstollen Berliner Zeitungs-geschwitters!

Hätten diese Herren während der letzten Tage Gelegenheit gehabt, die fürsorgliche Bestissenheit zu beobachten, mit welcher grade die regierungsfreundliche Presse Elsass-Lothringens auch die geringste Anspielung darauf zu vermeiden befreit war, als ob die Wahl Schlumbergers als ein Erfolg der Germanisationsbestrebungen gedeutet werden könnte, sie würden erröten ob der — gelinde gesagt — politischen Raiverität, die ihrer Beurteilung der bei dem Mühlhauser Wahlausfall andächtigend gewordenen Motive zu Grunde liegt. Soweit die einheimische Presse die Wahl überhaupt von nationalen Gesichtspunkten aus beurteilt, kommt sie im Gegenteil zu dem Ergebnis, daß das elssässische Bewußtsein der Wählerschaft auf Kosten ihres deutschnationalen Empfindens eine Stärkung erfahren hat. Zweifel für diese Beurteilung der Situation ist es, wenn z. B. der in Straßburg erscheinende „Elsässer“, das Organ der dortigen Merkmalen, schreibt:

„Das Nationalbewußtsein unsrer Arbeiter ist gottlob noch nicht derart geschwunden, daß sie den ersten besten ihnen dargebotenen Kandidaten, der gestern noch im Wadischen oder gar im Pommerschen hauste, zu ihrem Kandidaten wählten. Da helfen alle schönen Reden und Versprechungen des Mannes und selbst die Anpreisungen der großen Berliner Parteihäupter nichts. Für den abgetretenen Reichstags-Abgeordneten Sueb bedurfte es seinerzeit dieser großen commis-voyageurs nicht, er wurde stets mit großer Majorität gewählt, weil er in Mühlhausen daheim und den Arbeitern bekannt war. Glaubten die Herren vom Parteivorstand, daß die „Germanisierung“ bei den Mühlhauser Arbeitern schon so fortgeschritten sei, daß sie den Elsäßer Sueb einfach beiseite schieben und durch den Eingewanderten Emmel ersetzen konnten? Da kennen sie aber unsre elssässischen Arbeiter schlecht! Es war geradezu eine Beleidigung für die Mühlhauser Arbeiter, daß keiner von ihnen für fähig gehalten wurde, als Kandidat aufzutreten; die Antwort ist aber nicht ausgeblieben.“

Wir sind gewiß über den Verdacht erhaben, als ob wir die reichsdeutsche Bevölkerung in diesem Gedanken der partikularistischen Exklusivität bestärken wollten, halten es vielmehr gegenwärtig für die wichtigste und zugleich dringendste Aufgabe unserer Parteigenossen in Elsass-Lothringen, unter ihren Freunden mehr als bisher das Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit und Solidarität der Arbeiterschaft wachzurufen. Immerhin aber dürften auch die obigen Ausführungen einen Beitrag bilden zur Erklärung der unerhörten Niederlage, mit der der Mühlhauser Wahllampfs für die Sozialdemokratie endigte. Die elssässische Abstammung des bürgerlichen Sammelkandidaten hat eben bei der großen Masse der eingeborenen Bevölkerung den Ausschlag gegeben, und selbst weite Kreise der sozialistisch-gesamten Wählerschaft ließen im verflochtenen Wahllampfs die sociale Klassenfeindschaft des großkapitalistischen Bewerber hinter dem vermeintlichen Vorzug seines

Erfährtums zurücktreten und zogen ihn dem sozialistischen Klassegenossen vor, lediglich weil dieser das Unglück hatte, in Preußen geboren zu werden.

So findet in unsrer obigen Darstellung der Verhältnisse ebenso die Thatsache der unerwarteten sozialistischen Wahlniederlage ihre Erklärung, wie auch die Veruche der Weltmachtschwärmer durchkreuzt werden, aus dem Mühlhauser Wahlergebnis für deutsche Expansionspolitik und neue Flottenvermehrungen Kapital zu schlagen — und dies gerade in dem Augenblick, wo diese Abenteuerpolitik nach kurzen Phantasierausch tragend zusammensinkt! —

## Deutsches Reich.

### Die Verrohung in Deutschland.

Unter dieser Epithete schreibt die „Ethische Kultur“ in ihrer neuesten Nummer: Wer in diesen Tagen alles das liest, was in der öffentlichen Meinung Deutschlands über China laut geworden ist, der muß wirklich aufs Schmerzlichste betroffen sein von der ganz ungläublichen Rohheit und Blindheit des Urteils, die sich selbst in aufklärten Kreisen breit macht. Diese Verbindung von primitivster Indianermoral mit dem Verston von naturlicher Heberlegenheit, diese Stimmung wider Blutrace im Namen der Ausbreitung christlicher Civilisation — das ist wirklich die tiefste Erniedrigung Deutschlands seit den Tagen von Jena und Austerlitz. Daß man z. B. einem großen deutschen Publikum Andeutungen zu bieten wagt, wie sie das „Berliner Tageblatt“ von sich gegeben hat — das ist allein schon ein vernichtendes Zeugnis für das Niveau unsrer öffentlichen Meinung. „Es kam der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“ — so heißt es da wirklich und buchstäblich, und mit dem „frommen Nachbar“ ist der Deutsche gemeint, der im tiefsten Frieden gegen alles Völkerrecht den Chinesen ein Stück Land weggenommen hat. „Der Ruf nach glänzender Genugthuung für dieses Verbrechen wider alles Völkerrecht“ wird ausgestoßen mit Bezug auf die Ermordung unsres Gesandten — und kein Wort wird darüber verloren, daß wir die Mörder dieses Gesandten sind, indem wir zuerst die Chinesen außerhalb alles Völkerrechts stellen, ein friedliches Volk zum äußersten brachten durch Gewaltthätigkeiten, die kein Deutscher solange auf sich hätte sitzen lassen und damit eben unsre diplomatischen Vertreter denselben wilden Instinkten preisgaben, die unsre Politik offiziell sanktioniert hatte. Man wende sich also mit dem Ruf der Genugthuung an den Minister, der damals für diese Dinge verantwortlich war und an das Parlament, das sie gebilligt und an das Volk, das solche Volkvertreter zu Sprechern seiner Gesamtkultur erwählt hat. . . .

Den stärksten Beitrag zur Veruhigung der Gewissen hat jedenfalls der christliche Theologe Professor Pfeleiderer geleistet. Sein Artikel in Nr. 26 der „Woche“ über die Missions-thätigkeit in China beginnt mit folgenden Worten: „Vor drei Jahren hat das Deutsche Reich durch freundschaftlich-friedliche Vereinbarung mit der chinesischen Regierung in Kiautschou eine Kolonie gewonnen“. . . . Wir verstehen einfach nicht, wie ein christlich denkender Mann, der doch den Weltkreuzen gefolgt ist, derartige Beschönigungen niederzuschreiben vermag. Wenn ich einem Volke im tiefsten Frieden ein Stück Land fortreibe und dann dem Besetzten einen Pachtvertrag diktiere, so kann man doch wahrlich nicht von einem Gewinn durch freundschaftlich-friedliche Vereinbarung reden. Aber hören wir Herrn Pfeleiderer noch weiter. Er erzählt von dem Aberglauben der Chinesen und fährt dann fort:

„Bedeutet man, daß das tägliche Leben der 400 Millionen Neuen Chinas in den Fesseln solchen jämmerlichen Aberglaubens und Stumpfheit gebunden liegt, so muß jeder, wie er auch sonst über den Wert der Mission denken mag, zugeben, daß es eine Pflicht der Humanität ist, diesen unglücklichen Hölle zu bringen durch die befreiende Macht unsrer Kultur, unsrer Weltkenntnis und Menschenliebe.“ (Man bringe doch erst einmal unsren Welt-politikern diese Hilfe.) „Vor dem Licht der Wahrheit unsrer monotheistischen Weltanschauung, die uns (auch die orthodox-protestantischen und katholischen Missionen?) in dem Kosmos ein vernünftiges, geordnetes System von natürlichen Kräften erkennen läßt, wird der Spul der Dämonen verschwinden, und vor der Wärme der christlichen Bruderliebe, die uns im lebenden Mitmenschen ein göttliches Ebenbild, ein Glied des einen allumfassenden Gottesreichs sehen läßt, werden die spröden, schenen Herzen sich aufthun. So wird die zunächst noch erst politische-kommerzielle Verbindung Deutschlands mit China mit der Zeit zu einem regen Wechselverkehr der Geister und Herzen werden oder, wie Leibniz hoffte, zu einem „Kommerzium von Licht und Weisheit“. Aus dem unscheinbaren Keim der Missionschule und des Krankenhauses in Tjingtau wird vielleicht dereinst eine medizinisch-technische und theologisch-philosophisch-historische Universität erblühen, in deren Hörsälen erste Wissenschaft im Mund mit gehender, praktisch fruchtbarer Frömmigkeit gepflegt wird, ein Mittelpunkt deutscher Kultur im fernen Osten, von wo aus die Pioniere deutschen Geistes in das ganze chinesische Land ausziehen und in neuen Jungen verstanden werden von der Herrlichkeit der geistlichen Güter, die Gott uns geschenkt hat und durch uns auch der Heidenwelt schenken will. Und so wird am deutschen Wesen einst auch China noch genesen!“

Man sieht einfach klar vor solcher Umwertung aller Werte.

Aber dahin führt die sogenannte „internationale Gesinnung“. . . . Wir wollen wahrhaftig nicht den Chinesen das Recht vindictieren, Barbarei mit Barbarei zu vergelten, aber wenn man wie Herr Professor Pfeleiderer so ohne jede ernste Kritik die deutsche Aktion in China einfach mit der Sache der Civilisation identifiziert — dann hört doch wirklich alles auf.

Die „Eth. Kultur“ ätiert dann die von uns bereits mitgeteilten Heiter-Phantasien des kleinen Hof-Journals und bemerkt dazu: „Ja, in der That, an solchen deutschen Weisen muß doch schließlich das arme China genesen. Und damit niemand glaube, der bluttriefende Artikelstreiber des „kleinen Journals“ lenne bloß die Moral der tomahawk-schwingernden und auf die Zahl ihrer Salbe stolzen Sioux-Indianer, so sei hinzugefügt: nein, so ganz un-civilisiert ist er doch nicht. Er hat eine der wichtigsten Maximen aller modernen Kultur in sein Inneres tief eingegraben und empfindet sie darum auch der deutschen Regierung als Richtschnur für ihre China-Politik: nicht durch kleinliche moralische Erwägungen sich bestimmen und aufhalten zu lassen, sondern eingedenk zu sein, — so heißt es wörtlich in unserm Artikel — daß „nur der blanke Nutzen entscheidet“. Ist das nicht höchste Kultur, sublimster Ausdruck moderner Civilisation? Und dagegen sträuben sich die Chinesen, denen man doch auch einen hohen Grad von Klugheit nach-rühmt? Unbegreiflich.“

### Vier Osterier für den Kaiser.

Nachstehend veröffentlichen wir im Wortlaut ein Märktisches Pfändungs-Protokoll:

Kreis: Jauß-Bezirk, Verhandelt zu Rehmig.

Gemeinde: Rehmig, in der Wohnung des Wädners Vogel zu Rehmig, den 19. Juni 1900.

Auf Grund des von dem Amtsvorsteher Pietsch gegen den Wädnar Vogel wegen rückständiger 4 Eier zum Gesamt-

betrage von 30 Pf. und wegen eines Kostenbetrags von 30 Pf. unter dem 19. (R. d. S.) d. J. erlassenen Pfändungsbefehls hat der unterzeichnete Vollziehungsbeamte heute in Gegenwart des Schuldners und dessen Ehefrau als Zeugen zugezogen worden, nach fruchtloser Aufforderung zur Zahlung und nach Vorseignung des Pfändungsbefehls die nachbezeichneten, in der Wohnung des Schuldners befindlichen Sachen, nämlich:

1. 2 Bretterstühle geschätzt zu 2 R. — Pf.
2. behufs Pfändung in Besitz genommen.

Die unter Nr. 1 bezeichneten Sachen sind mit dem Amtssiegel des Vollziehungsbeamten bezw. die unter Nr. 2 bezeichneten Sachen mit Amtssiegel als Pfändungszeichen versehen worden.

Der Schuldner hat sich zur Aufbewahrung der unter Nr. 1 bezeichneten Sachen nicht verpflichtet und ist auf die Strafen der Pfändungsverdringung hingewiesen worden.

Die unter Nr. 2 bezeichneten Sachen sind aus dem Gewahrsam des Schuldners entfernt worden.

Dem Schuldner ist eröffnet worden, daß die öffentliche Versteigerung der gepfändeten Sachen, falls anderweitige Bestimmung und Mittelung hierüber nicht erfolge, am 28. Juli, vormittags 10 Uhr, in dem Hause des Gastwirts W. Schulze stattfinden werde.

Die vorstehende Verhandlung ist den bei derselben beteiligten Parteien vorgelesen, und von ihnen nach vorgängiger Genehmigung wie folgt unterzeichnet worden.

Die Unterschrift des Schuldners ist verweigert worden, weil

Verhandelt wie oben

Amtsdienster Name unleserlich

Dieser Verhandlung, von der das obige hochwichtige, sehr mangelhaft abgefaßte Protokoll Zeugnis ablegt, und welche 50 Pf. Gebühren kostete, ging nachstehende Mahnung voraus:

Der Wäcker Friedrich Vogel zu Rehmitz wird hierdurch aufgefordert, die folgenden Rückstände, nämlich:

1. 4 oberwähnt an den Lehrer zu Rehmitz zu entrichtende Oßereier sowie die nebenvermerkten Gebühren binnen drei Tagen an den Amtsvorstand Lehmin abzuliefern, widrigenfalls unverzüglich zur Pfändung geschritten werden wird.

Der mit der Behandlung des Mahnzettels beauftragte Beamte ist zur Annahme der Eier und Gebühren ermächtigt.

Lehmin, den 11. Juni 1900.

Der Amtsvorsteher: Pietsch.

Der Mahnzettel kostete 10 Pf. Gebühren.

Die Weigerung des Vogel, die Eier zu liefern, begründete dieser damit, daß er nicht in die Kirche gehe. (Die Eier sind für die Küsterdienste des Lehrers zu entrichten.)

Preisfrage: In welchem Jahrhundert fühlt man sich versetzt, wenn man dieses Pfändungsprotokoll liest?

Der deutsche Kaiser ist am Mittwoch in Bergen eingetroffen!

Ein römischer Cäsarenfest. Aus Homburg melden die Blätter:

Die Grundsteinlegung des Cäsariums auf der Soalburg soll in Gegenwart der Kaiserin mit besonderer Feierlichkeit begangen werden. Mit dem Arrangement zu der Feier ist Intendant von Hälßen beauftragt worden. Die Feier wird einen streng römischen Charakter tragen. Die Wälle der Burg werden mit römischen Soldaten besetzt. Bei dem Herannahen des Kaisers öffnen sich die Thore, der Kaiser betritt mit seinem Gefolge das Innere, worauf sich die Thore wieder schließen. Der Eingang ist von Spalier bildenden römischen Kriegern bewacht. Im Hintergrund ist das Cäsarium mit dekorativen Mitteln so aufgebaut, wie es später in Wirklichkeit entstehen soll. Am Cäsarium empfangt der Kaiser römische Edle, Feldherren, Priester u., die ihn in das Innere geleiten. Hier findet nun die feierliche Grundsteinlegung statt. Zu der Mitwirkung an der Feier werden die Mitglieder des Wiesbadener Hoftheaters, der hiesigen Bürgervereine und der hiesigen Garnison herangezogen werden. Major Lauff wird einen Prolog vorlesen, mit dem der Kaiser von einem römischen Priester, dargestellt von einem königlichen Schauspieler des Wiesbadener Hoftheaters, an dem Eingang zu dem Cäsarium empfangen wird. Die Feierlichkeit findet auf speziellen Befehl des Kaisers statt.

Die Soalburg ist die Ruine eines römischen Kastells bei Bad Homburg im Taunus. Sie stammt aus der Zeit der Kaiser August.

Das Fest wird kostspieliger in die Zeit der römischen Welt Herrschaft und Weltpolitik zurückzuführen, die gar bald jäh zusammenbrach!

Ein schlagendes Argument. Die Nordkultur-Agenten Krupp in den Berliner Neuesten Nachrichten erzählten sich über das gestrige Axiel Stimmungsbild, das einige Anmerkungen der nach China geschickten Kamtschatsen wahrheitsgemäß mitteilte. Die „N. N.“, die natürlich an ihrem geschickten Schreiber von Loire-Patriotismus tiefen und Menschenblut nicht höher schätzen als ihren Kleister, nennen die fatale ungeschminkte Schilderung erlogen und fügen dann hinzu:

„Hoffentlich wird der Axiel Gewährmann des „Vorwärts“, der annehm die Ehre der deutschen Marine anzutasten wagt, bald aus deren Kreisen erkannt und mit einer tüchtigen Tracht Prügel über die wahre Stimmung belehrt.“

Ob die Stimmung der dem unersättlichen Abgrund des chinesischen Rebel-Abenteurers angestrichelten Deutschen erheblich gebessert werden würde, wenn ein paar den Interessen der internationalen Annoncenfabrikation dienende Pravi gedungen werden, um die Wahrheit niederzuknallen, bezweifeln wir sehr. Die Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, die das Blatt wagt, zeigt aber, wie tief wir in den Salamm schmutzigen chauvinistischen Renommisterei gesunken sind. Der edle Kamtschater würde ein hervorragender Offizier der von dem „Schwäbischen Merkur“ empfohlenen Schutztruppe der Weltpolitik werden können.

Die Sorge um Krupp. In der „Münch. Allgemeinen Ztg.“ lesen wir:

„Der „Vossischen Ztg.“ wird heute abend aus Essen gemeldet, daß in mehreren Betrieben der Krupp'schen Werke seit Wochen Mangel an Beschäftigung sich fühlbar mache und daß beschränkt werde, es könnte daransein die Notwendigkeit von Arbeiterentlassungen sich einstellen. Die „Vossische Ztg.“ fügt dem Telegramm ihres Essener Korrespondenten folgende Bemerkung hinzu:

„Unter solchen Umständen werden dem Werk die aus der Ausführung des Flottengesetzes zu erwartenden Bestellungen sehr willkommen sein. Somit könnte es sich nur um vorübergehende Schwierigkeiten handeln.“

Ob die „Freisinnige Ztg.“ des Herrn Eugen Richter und ob der „Vorwärts“ sich dazu aufschwingen, ihren Lesern die Auffassung der „Vossischen Zeitung“ mitzutheilen, bleibt abzuwarten.“

Die das Münchener Blatt hiermit schießt, hat sich der „Vorwärts“ zu dieser Mitteilung aufgeschwungen. Die Annahme, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, die Geschäftsinteressen der Firma Krupp zu vertreten, übertrifft allerdings die sonst in dem Blatte übliche Einsicht noch um ein Beträchtliches. Im übrigen aber scheint uns die Sorge um den Profit Krupp's durchaus unbegründet. Die Chinesen werden ihn schon wieder mit umfangreichen Aufträgen bedenken.

Daß die Einsicht der „Münchener Allg. Zeitung“ den Sinn der Veneration der Tante Voh völlig mißverstanden hat, sei nebenbei angemerkt. Die Vossin hat einfach auf die — auch von der „Kreuz-Zeitung“ seiner Zeit zugestandene — Thatfache angepielt, daß die neue große Flottenvorlage u. a. auch deshalb kommen mußte, weil die Firma Krupp die Aufträge dringend brauchte.

Der neue deutsche Gesandte in China. Zum diplomatischen Vertreter in China ist der bisherige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Luxemburg von Rumm anberufen. Er soll sich schon in den nächsten Tagen in Begleitung des Dolmetsch-Sekretärs Freiherrn von der Goltz nach Ostasien begeben.

Aus dieser Ernennung geht hervor, daß das Deutsche Reich die diplomatischen Beziehungen mit China wieder aufrecht erhält.

Zu dem Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Seifarth in Gera kommen wir heute in Ergänzung der uns gestern telegraphisch zugegangenen Nachricht mitteilen, daß Genossen Seifarth der Antritt seiner Haft bis zum Sonnabend mittag gestundet worden ist, damit er auch seine Familienangelegenheiten ordnen kann.

Bei dem Zeugniszwangsverfahren gegen Genossen Seifarth handelt es sich nicht um die Aufhebung eines Verbrechens sondern nur um den Nachdruck einer Verfügung des Bürgermeisters in Schleiz. Auch enthält der diese Verfügung kritisierende Artikel keine Beleidigung, weshalb denn auch kein Strafantrag gestellt worden ist. Weil nun an irgend einer Stelle die Vermutung besteht, der Landratsamts-Assistent Richter in Schleiz habe den Artikel verfaßt oder die Unterlagen hierzu hergegeben, wird dieses lange, hochnotpeinliche Untersuchungsverfahren eingeleitet, um zu erfahren, ob Richter thatsächlich mit dem Artikel in Verbindung steht.

Unser Genosse ist bereit, es darauf ankommen zu lassen, ob man die gesetzlich zulässige Haft von 6 Monaten über ihn verhängen wird. Selbst wenn man ihn diesem äußersten Zwang unterwerfen sollte, wird er sich natürlich nicht dazu bewegen lassen, gegen die elementarsten Berufs- und journalistischen Pflichten zu sündigen. Es ist indes noch immer anzunehmen, daß man auch in Gera das moralisch unzulässige einer derartigen modernen Tortur einsehen und, wie das ja auch in den in letzter Zeit bekannt gewordenen ähnlichen Fällen geschehen ist, in Anerkennung der ehrenhaften Motive der Zeugnisverweigerung dieses Genossen und des nun einmal in der gesamten Presse eingetragenen journalistischen Sittenkodex, das Verfahren einstellen wird.

Die Liste der geistlichen Verbrecher, die unlängst in der „Voll-Zeitung“ zusammengestellt und von uns übernommen worden war, erfährt in der letzten Nummer dieses Blattes eine Fortsetzung. Die über den Monat Juni sich erstreckende Statistik, die auf Vollständigkeit natürlich keinen Anspruch erhebt, enthält folgende Fälle:

Sittlichkeitsverbrechen:

P. J. K. Khele in Ellwangen wurde wegen Knabenerschändung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Pfarrer Milan in Aachen verübte im Bartsaal des dortigen Rathhofs an einem jungen Soldaten ein Unsitlichkeitsdelikt, der, ein handfester Durst, ihn erst durchspritzelte und dann der Wache übergab.

P. Pförtner in Remscheid (Tirol) befindet sich wegen Kindererschändung in Untersuchung.

Kaplan Rühl in Kallmünz beging mehrere Sittlichkeitsverbrechen, flüchtete, wurde aber in der Schweiz aufgegriffen und verhaftet.

Kaplan Eichler in Lohrdorf unterhielt mit einem Mädchen ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Vor der Rückkehr fuhr Eichler mit dem Mädchen nach Wien, um im dortigen Fingelhaus die Geburt abzuwarten. Das Mädchen, das sich für Geschwister ausgab, übernachtete in Laus, wo die Rückkehr unerwartet erfolgte. P. Eichler veracht Hebammendienste, dann fuhr er, das Mädchen hilflos im Stiche lassend, auf und davon.

P. Benzell in Griedorf erteilte den Mitgliedern des von ihm dort gegründeten christlichen Jungfrauenbundes auf dem Ortfriedhofe die sogenannte „Christenlehre“. Drei Frauen, die am Pfingstsonntag über die Friedhofsmauer schauten, erblinden den hochwürdigen Herrn in „unmühter“ Umarmung mit einer solchen christlichen Jungfrau zwischen den Gräbern liegen.

P. Schmitz in Schönberg betätigte sich an einer Wallfahrt auf den hl. Muttergottesberg und hob unter fortgesetztem Gebete: „Gegrüßt seist Du u. s. w.“ einer vor ihm gehenden Lehrerin von hinten die Röcke in die Höhe.

Diebstähle, Morde u. s. w.

P. Julian Anguita in Colisio wurde wegen Ermordung des eigenen Vaters zum Tode verurteilt.

Pfarrer Peter Michels wurde vom Landgericht Saargemünd wegen Körperverletzung zu 30 M. Strafe verurteilt.

Pfarrer P. Schwertner in Schönlinde schlug ein Mädchen derart auf den Kopf, daß ihm Blut aus Mund und Nase quoll.

Der Pfarrer von Jägingen bei Mülhausen geriet bei einer Feldprogreßion mit dem Kreuzträger in Streit, sie wurden bald handgreiflich und wälzten sich auf dem Felde herum, indes das Volk betete: „Gegrüßt seist Du Maria“.

Kaplan R. Voldi in Unterlongampfen blaut seinen Schülern sein Christentum mit einer Vorhangsange ein.

P. Schar in Nordhausen unterhielt Schulverfassungen, wofür er zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Pfarrer Walsh, ein Tiroler Pöbelsch, obfegte während des Gottesdienstes zwei Knaben derart, daß der eine bewußlos liegen blieb, dem andern aber Blut aus Mund und Nase quoll. Der bewußtlose Knabe kränkelte seitdem und starb endlich. Walsh wurde nur wegen — Ehrenbeleidigung (?) zu 200 Kronen verurteilt, womit er aber nicht zufrieden war und Berufung ergriff. Das Innsbrucker Landesgericht wies den Einspruch zurück und bestätigte das erstinstanzliche Urteil.

P. Jirla in Wien-Brigittenau prügelt einen am Beitzstanz leidenden Knaben — weil er getaucht hatte — so unmenslich, daß der Knabe schwer erkrankte und ins Karolinenhospital gebracht werden mußte.

Kanonikus Zagle in Cordoba wurde wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Pfarrer Köster in Wesshausen gab einem elfjährigen Mädchen in der Schule zwei derart kräftige Schläge auf den Kopf, daß das Mädchen davon nicht nur große Schmerzen hatte, sondern auch epileptische Anfälle bekam.

Kaplan Kethausser in Götting prügelt einen Schulknaben derart, daß noch einige Tage später Blutunterlaufungen auf Gesicht und Oberarmel vorhanden waren. Das Gericht sprach den hochwürdigen Herrn frei, worauf der Vater des mißhandelten Knaben dem Anteheten mit gleicher Münze heimzahlte.

Erstwahl zum Reichstag. Im Kreise Banzleben hat der Kandidat Abgeordneter Dr. Heiligenstadt, der in ein Staatsamt befördert worden ist, sein dadurch erlöschendes Mandat selber niedergelegt. Er wird voraussichtlich wieder kandidieren. Heiligenstadt, der zur nationalliberalen Partei gehört, liegt in der Erstwahl mit Hilfe der freisinnigen Vereinigung über unseren Kandidaten Tischlermeister Gerlach in Halberstadt. Zu der Hauptwahl hatten Stimmen erhalten: Heiligenstadt 7151, Gerlach 6409; in der Stichwahl Heiligenstadt 8870, Gerlach 6074.

Zur Versammlungsfreiheit der Polen. Die offiziellen Presseorgane fahren in den vor Jahren unter dem verstorbenen Knebelgeheimminister v. d. Rede vergeblich unternommenen Versuchen fort, den Polen das ihnen verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsgesetz zu nehmen. Im Jahre 1896 unternahm es der damalige Minister des Innern, Versammlungsbefehle und Versammlungsaufhebungen, die deshalb erfolglos waren, weil der Polizei die Kenntnis der Sprache der in ihrer Muttersprache sich unterhaltenden Polen fehlte, im Abgeordnetenhaus als verfassungsmäßig und gesetzlich hinzuzufügen. Er mußte zugeben, daß das Ober-Verwaltungsgericht ständig dahin entschieden habe, daß Versammlungsgesetz die Auflösung einer Versammlung wegen Gebrauch der polnischen Sprache seitens der Versammlungsbesucher verbiete. Die erste Entscheidung des Ober-Verwaltungsgericht, die diesen Grundsatze anerkannte, war am 26. September 1876 ergangen, also noch nicht halbjähriger Spruchpraxis des obersten Verwaltungsgericht (die erste Entscheidung, die das seit November 1875 bestehende Ober-Verwaltungsgericht überhaupt gefällt hat, datiert vom

25. April 1876). Der Minister der Polizei sprach die Hoffnung aus, daß oberste Gericht werde seine Ueberzeugung verlassen. Dem Minister wurde wegen dieses von Konserbator und nationalchauvinistischer Seite bejubelten Angriffs auf das oberste Gericht der Vorwurf gemacht, das Aussprechen solcher mit der Verfassung unvereinbaren Hoffnungen sehe dem Versuch, die Unabhängigkeit der Richter zu verletzen und das Recht zu beugen, sehr ähnlich. Gegen die vom Minister proklamierte Mißachtung der Verfassung von polnisch sprechenden Deutschen gegenüber wurde insbesondere im Reichstag lebhafter Protest erhoben. Herr von der Rede schlug im Reichstag und hoffte auf alsbaldige Verlegung des Ober-Verwaltungsgericht. Das Ober-Verwaltungsgericht erfüllte dies ministerielle Hofen eines der unbefestigten Minister, den Preußens lange Ministerreihe aufzuweisen hat, nicht. Durch Urteil vom 6. Oktober 1897 erklärte es die vom Minister des Innern gebilligte Auflösung einer Versammlung wegen Gebrauch der polnischen Sprache für ungesetzlich und verfassungswidrig. In Nr. 154 haben wir dargestellt, daß demnach seitens der hiesigen Polizei erfolgte Behinderungen von Versammlungen aus dem Grunde erfolgt sind, weil die polnischen Versammlungsbesucher polnisch sprachen. Aus Anlaß unserer Besprechung dieser gesetzwidrigen polizeilichen Maßnahmen besellen sich die offiziellen „Verl. Pol. Nachr.“ der Welt die Wahr aufzuweisen, das Ober-Verwaltungsgericht habe zwar erkannt, daß der Gebrauch einer fremden Sprache nicht schon an sich einen gesetzlichen Auflösungsgrund bildet, es läßt aber die Frage völlig offen, ob eine Versammlung nicht in voller Uebereinstimmung mit dem Gesetze aufgelöst werden darf, wenn eine fremde Sprache zu dem Zwecke gebraucht wird, der Polizeibehörde die Erfüllung der ihr gesetzlich obliegenden Pflicht der Ueberwachung unmöglich zu machen. Polizeibehörden, welche unter dieser Begründung eine Versammlung auflösen, verstoßen daher keineswegs gegen den von dem Ober-Verwaltungsgericht aufgestellten Rechtsgrundsatz.

Offenbar will das offiziöse Blatt durch seine Darlegung die Polizeibehörden veranlassen, diese Art Begründung als Grund zur Auflösung anzugeben, um dadurch einer Mißgeleit des Ober-Verwaltungsgericht zu entgehen. Die Darlegung der „Verl. Pol. Nachr.“ haben nur einen Fehler: sie sind Fiktion. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in allen die Materie angehenden Erkenntnissen anerkannt, daß es in der Natur der Sache liegt, daß in Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten beraten werden, regelmäßig diejenige Sprache gesprochen wird, welche den Meinungsgebrauch der Teilnehmer am meisten erleichtert und somit dem Zweck der Versammlung am besten dient, also die Muttersprache der Versammelten. Von dieser Einsicht sei auch der Gesetzgeber ausgegangen. Die Auflösung einer von Polen besuchten Versammlung wegen Gebrauch der polnischen Muttersprache sei deshalb unzulässig. Allerdings sei hier von der Frage zu trennen, ob die Auflösung einer Versammlung in einem Fall zulässig ist, in welchem besondere Veranlassungen getroffen worden sind, um desloer Weise und in fromdem legis dem Abgeordneten der Polizeiverwaltung die Ueberwachung unmöglich zu machen. Wenn der Gebrauch einer fremden Sprache nicht auf einer solchen Beschäftigung des gesetzlich gewährleisteten Versammlungsgesetzes beruhe, sondern nur die Verletzung der Ueberwachung zum Zwecke habe und lediglich auf Verhinderung der Kenntnisnahme des Verhandelteten abzielt, dann wäre das Vorgehen der Versammlungsbesucher unzulässig. Das ist etwas völlig andres als die „Verl. Pol. Nachr.“ darzustellen versuchen. Würden etwa in Köln geborene Nichtpolen lediglich deshalb griechisch oder polnisch sprechen, um den Polizeibeamten zu trotzen oder um ein Verbrechen zu verabschieden, so üben sie nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgericht nicht bloß ihr Versammlungsgesetz aus und müssen sich eine Auflösung ihrer Versammlung gefallen lassen, falls der Voraussetzungen treffen in den von uns angeführten polizeilichen Maßnahmen nach keiner Richtung zu. In Halle wollten die Arbeiter ihre Versammlungsgesetz ausüben, um ihre Lage zu verbessern. Hieran sind sie durch die ungesetzlichen Maßnahmen der Polizei gehindert. Verfassungswidrige Drangsalierungen polnisch sprechender Deutscher sind wiederholt im Reichstag von sozialdemokratischen, polnischen und Centrums-Abgeordneten gesehelt. Auch die hiesigen Vorgänge werden wohl dort nicht unerwähnt bleiben. Die von solchen Behinderungen des versammlungsmäßig gewährleisteten Versammlungsgesetzes Betroffenen aber sollten den Weg einer Schadensersatzklage gegen die gesetzwidrig vorgehenden Beamten trotz der Schwierigkeit, in solchen Prozessen in Deutschland Recht zu erhalten, nicht unversucht lassen. Vielleicht bringt die Nötigung, den Geldbeutel etwas leichter zu machen, manchem schneller das Verständnis der Verfassung bei als allein der langsame Weg des Verwaltungskreuzverfahrens. Die polnischen Arbeiter wehren sich mit Recht gegen die Beschränkung ihres Versammlungsgesetzes. Der Gebrauch des Versammlungsgesetzes ist für den polnischen Arbeiter, der als Lohnbrüder gegen seinen nur deutsch sprechenden Arbeitskollegen gebraucht werden soll, mehr wert als je.

Ausland.

Zwei Vorengesandtschaften

sind gegenwärtig in Europa, eine direkte und eine indirekte. Die direkte, die von den Voeten-Republiken vor zwei Monaten nach den Vereinigten Staaten geschickt ward und jetzt, nachdem sie dort nichts ausgerichtet hat, in Paris weilt, ist die indirekte, die von den Afrika n d e r n der englischen Kapkolonie abgeschickt ward und vorigen Sonnabend in London angekommen ist. Die direkte Gesandtschaft wird in Frankreich ebensohin antriften, wie sie in den Vereinigten Staaten angedichtet hat. Sympathien und schöne Worte in Halle und Hülle, doch keine Thaten. Keine Macht hat Lust, mit England anzubinden. Günstiger sind die Ansichten der Afrikaner-Delegation. Diese besteht aus Professor de Vos, A. J. Botha, J. du Plessis und P. J. de Wet. Professor de Vos hat einen Vertreter der „Daily Mail“ folgende Mitteilungen über die Absichten der Deputation gemacht:

„Wir beabsichtigen, unferer eigenen Richtung zu folgen. Wir werden nichts mit Mr. Stead oder Mr. Courtney zu thun haben. Wir sind keine Voeten, sondern Kolonisten, treue Unterthanen der Königin, und wollen diese ganze afrikanische Angelegenheit in ein Licht stellen, in dem sie dem britischen Volk bisher noch nicht gezeigt worden ist. Wir wollen hier keine Hilfe, sondern suchen nach dem besten Wege, unsere Sache vorzutragen, und glauben, wir werden angehört werden. Ueber die Einzelheiten kann ich noch nicht sprechen, aber ich kann sagen, daß wir die schließliche Unabhängigkeit der Voeten-Republiken beantworten und deren Ansicht dem britischen Volk vorlegen wollen.“

Die Delegation findet in England einen für ihre Bestrebungen nicht unempfindlichen Boden. Durch das Ereignis in China ist die verbrecherische Thorheit des Voetenkrieges in so scharfe Beleuchtung gestellt worden, daß nur wer nicht sehen will, die Wahrheit nicht sieht. Und trotz der letzten Depeschen des Generals Roberts sieht es fest, daß die Voeten, wenn zum äußersten getrieben, den Kleinsten noch weit in die Länge ziehn, und die, in Ostasien so notwendige britische Armee in Südafrika festhalten können. Dazu komme — und darauf wird die Delegation das Hauptgewicht legen — die Bevölkerungsverhältnisse in Südafrika. Wie wir schon vor Ausbruch des Kriegs hervorhoben, sind — von den Voetenrepubliken abgesehen — die Kolonisten holländischer Abstammung in Südafrika viel zahlreicher als die Kolonisten englischer Abstammung. Nach der vorjährigen Statistik zählt die englische Hauptkolonie, die Kapkolonie, bei einer Gesamtbevölkerung von anderthalb Millionen Einwohnern 578 987 Weiße, von denen 288 827 der holländischen reformierten Kirche angehören und holländischer Abstammung sind. Also über drei Viertel der weißen Bevölkerung sind Stammesgenossen der Voeten! In Natal ist das holländische Element nicht so stark, aber es bildet auch hier die Mehrheit. Einschließlich der zwei Voetenrepubliken betrug nach der letzten Zählung die weiße Bevölkerung in Südafrika zusammen 880 000 Köpfe und von diesen sind ungefähr 620 000, also reichlich drei Viertel, holländischer Abstammung. Diese

Waffen sind beweiskräftig; um so beweiskräftiger, als die holländischen Familien die englischen an Kinderreichtum übertrafen und die Fähigkeit der Holländer sprachvollständig ist. Die Möglichkeit, daß das holländische Element von dem englischen auf die Dauer gewaltsam niedergebunden werden könne, ist einfach ausgeschlossen. Das den Engländern klar zu machen, ist die Mission der Africander-Delegation. —

Türkei.

Handelspolitisch. Die Pforte richtete an die Gesandten von Serbien, Griechenland und Rumänien in Betreff des Differenzialtarifs identische Noten, in welchen erklärt wird, daß die Pforte bereit sei, in Verhandlungen bezüglich einer Vereinbarung über Handelsverträge einzutreten, daß der Tarif jedoch bis zum Abschluß der Verträge in Kraft bleiben müsse: die Pforte lehne es ab, eine provisorische Konvention abzuschließen. Der serbische Gesandte machte erste Vorstellungen, indem er die ungerechte Behandlung Serbiens im Vergleich zu Montenegro und Bulgarien hervorhob, denen das Regime des achtprozentigen Tarifes gewährt wurde. Der serbische Gesandte begab sich zu gleichem Zwecke auch zur Pforte. —

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria meldet: Die Streitkräfte Clements und Pagets sind am 7. d. M. in Bethlehem eingetroffen. Da De Wet sich weigerte, sich zu ergeben, nahm ein irändisches Regiment die feindliche Stellung im Sturm und eroberte dabei ein Geschütz wieder, welches bei Stormberg in die Hände des Feindes gefallen war. Der Feind befindet sich in vollem Rückzuge. Die englischen Verluste sind noch nicht vollständig festgestellt, doch sind sie nicht erheblich. —

Partei-Nachrichten.

Ein Nachspiel zur Maiseier in Halle brachte die Verhandlung gegen die Bauarbeiter Wilhelm Schulze und Karl Baum. Sie hatten den 1. Mai gefeiert, und zwei Arbeitswillige, die an dem Tage auf dem Bau erschienen waren, um zu arbeiten, beschimpft. Schulze soll auch die beiden Personen genötigt haben, den Bau zu verlassen. Das Gericht verurteilte Schulze zu 2 Monaten und Baum zu 2 Wochen Gefängnis.

Einen ihrer ältesten Veteranen verlor die Partei in dem Genossen Karl Hindeisen, dem die Genossen in Froburg (Sachsen) am Montag das letzte Geleit gaben. Genosse Hindeisen, der das hohe Alter von 84 Jahren erreicht hatte, war allzeit ein waderer Soldat der proletarischen Armee.

Parteiliteratur. Als neue Agitationsbrochure unter dem Titel „Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde“ hat die Buchhandlung Vorwärts soeben die Rede erscheinen lassen, womit der frühere National-Sociale Pfarrer a. D. Göhre in Chemnitz seinen Uebertritt zur Socialdemokratie begründet hat. Die Schrift ist in mehrere Abschnitte geteilt und die populären Darlegungen wöhren über die Fragen „Christentum und Socialdemokratie“, „Gefährlichkeit der Socialdemokratie“, „Patriotismus und Socialdemokratie“, „Reaktion und die politischen Parteien“, die er in dieser Rede auch erörterte, dürften die billige Schrift (10 Pf. pro Stck) namentlich zur Agitation in den Reihen der indifferenten Kreise geeignet machen.

Der Parteitag der österreichischen Socialdemokratie ist laut Bekanntgabe der österreichischen Parteivertretung auf den 2. September nach Graz einberufen worden.

Die Parteivertretung schlägt vorbesitzlich der Entschliessungen des Parteitags selbst folgende Tagesordnung vor: 1. Bericht der Parteivertretung. 2. a) Parlamentarische Thätigkeit, b) Parteiliteratur. 3. Wahl der Parteivertretung. 4. Partei-Organisation. 5. Parteipresse. 6. Gemeinde-Wahlrecht. 7. Alters- und Invaliditätsversicherung. 8. Landagitation. 9. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

Auf diesem Parteitage werden die Verhandlungen nur in deutscher Sprache geführt, und die Parteivertretung ist der Ansicht, daß demzufolge der Parteitag seine Tagesordnung in fünf Tagen erledigt haben wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Herren-Maßschneider! Der Ausstand der Kollegen bei der Firma Vortrefflich dauert ununterbrochen fort. Streikbrecher sind aus den Reihen der Ausständigen nicht zu verzeichnen. Wir ersuchen nochmals die Berliner Kollegenschaft, alle Arbeitsangebote gedachter Firma von sich zu weisen.

Die Firma Stala erucht uns, bezüglich mitzutheilen, daß entgegen der Behauptung in der Freitag-Nummer des „Vorwärts“, bei ihr Streikarbeit für die Firma Vortrefflich nicht angefertigt wird, welchem Wunsch wir hiermit nachkommen.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der deutschen Schneider.

Von den ausgesperrten Leipziger Steinsehern hatte eine beträchtliche Anzahl hier in Berlin und den Vororten Arbeit gefunden. Dieselben sind am Dienstag auf Veranlassung der Leipziger Junger sämtlich entlassen worden. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Aussperrten so mancher befindet, der an eine Beteiligung am Streik nicht gedacht hätte. So liefern also auch die Leipziger Steinsehermeister fleißig Material zu einem neuen Ruckstaus-Gesetz für die Unternehmer. In den Kreisen der Berliner Steinseher herrscht infolge der brutalen Hauslangerdienste, welche die hiesige Junger ihrer Leipziger Kollegen geleistet hat, eine sehr starke Erregung. Nur mit großer Mühe ist es den Leitern der Organisation möglich gewesen, spontane Arbeitseinstellungen zu verhindern.

Inzwischen soll die Sache für die Berliner Junger nicht ganz so glimpflich abgehen, indem jedenfalls in den nächsten Tagen beschlossen werden wird, den Zugang fremder Steinseher nach Berlin und den Vororten für die Dauer des Leipziger Streiks zu sperren. Es dürfte das für die hiesigen Meister ein recht empfindlicher Schlag sein, da die meisten derselben noch einer sehr großen Anzahl von Steinsehern bedürftig, welche aber in Berlin bis auf weiteres nicht zu haben sind. Nachträglich sei noch mitgeteilt, daß am Samstag voriger Woche bei der Firma Widell in Niddorf die Kammer in einer Anzahl von 14 Mann die Arbeit eingestellt haben. Herr W. weigerte sich bisher, den Lohn tarif schriftlich anzuerkennen, wenn er auch bis jetzt nach demselben gezahlt hat.

In Sachen der Alt-Plätterinnen und Wäschereien wird das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts am Freitag verhandeln, nachdem sich gestern die Arbeitgeber damit einverstanden erklärt haben. Die Verhandlungen finden im Bürgeraal des Rathhauses statt und beginnen vormittags 10 Uhr. Als Zeiger sind ausserlesen: Horner A. Körsten, Tischler R. Ehrens, Ingenieur Veruhardt und Putzmeister Lucht. Den Vorsitz wird Gewerbegericht v. Schulz führen. Als Zuhörer können nur 60 Arbeitnehmer und 60 Arbeitgeber zugelassen werden. Es werden Karten auszugeben. Die Karten für die Arbeitnehmer sind bei Links zu haben. Im Bureau des Gewerbegerichts werden keine Karten vergeben.

Achtung Stuccature! Die Sperre über die Firmen Roskwa u. Anauer, Westphal, Jädel ist, da sämtliche Forderungen bewilligt sind, aufgehoben. Der Vertrauensmann.

Deutsches Reich.

Erdarbeiterstreik in Harburg. 40 bis 50 Erdarbeiter von der Firma Gierme, Harburg, wurden beauftragt, von Roeder Eisenwerk Erde per Kiste nach Hamburg zu schaffen, und zwar für 35 Pf. pro Stunde. Da die Arbeit eine sehr schmutzige ist, erklärten die Arbeiter, die Stunde nicht unter 40 Pf. arbeiten zu wollen. Zugleich wurde bis Mittag um Antwort gebeten. Da die

Firma erklärte, 40 Pf. pro Stunde nicht zahlen zu können, wurde am Nachmittag die Arbeit niedergelegt resp. nicht wieder aufgenommen. Zugang von Erdarbeitern ist daher fernzuhalten.

Achtung, Stakarbeiter! Zwischen den Diegern der Hochollischen Stokfabrik Vetterhausen bei Kassel und dem Fabrikanten sind wegen Gerabiegung der Accordpreise Differenzen ausgebrochen. Da hauptsächlich Berlin wegen Zugang in Betracht kommt, bitten die dortigen Kollegen, Zugang streng fern halten zu wollen.

Die Metallarbeiter in Halle und der Fall Wästemann. Eine imposante Metallarbeiterversammlung, die von rund 900 Personen besucht war, fand am 9. Mai abends im großen Saale des Hofjägers in Halle statt. Nach einem Vortrage des Redateurs Genossen Thiele über die Lage der Metallarbeiter und den Fall Wästemann, wurde zu dem Ausstand bei der Firma Vertram Stellung genommen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der Vertram'schen Metallarbeiter einverstanden und nahm eine Sympathie-Resolution an.

Ausland.

Der Hasenarbeiter-Ausstand in Rotterdam ist noch immer in der Ausbreitung begriffen. Arbeitswillige Arbeiter sind aus Zeeland importiert worden, aus Gravenhede ebenfalls einige hundert Mann. Für diese Arbeitswilligen ist ein Schiff im Binnenhafen zur Kaserne hergerichtet worden. Zu dem Marine-Aufgebot zum angeseheneren Schutz der Arbeitswilligen — bestehend aus einem Panzerschiff, 2 Kanonenbooten und 7 Schaluppen — und den bereits vorhandenen Landtruppen ist noch eine Schwadron Husaren aus Haag als Verstärkung hinzugekommen. Sind die Unternehmer, in ihrer Starrköpfigkeit bekräftigt durch diese gewaltige militärische Machtentfaltung, nicht gewillt, nachzugeben, so bezeigen auch die Ausständigen keinerlei Absicht, sich zu unterwerfen. Täglich finden große Versammlungen statt; die Erzträger haben einen besonderen Verband gegründet, dem alsbald 700 Mann beigetreten sind.

Frankfurt a. M., 11. Juli. Wie der „Frankf. Zeitung“ aus Amsterdam berichtet wird, beschloffen auch die Rheinischer in einer gestern in Rotterdam abgehaltenen Versammlung, sich dem Streik der Schiffarbeiter anzuschließen. — Bei der Ankunft des Dampfers „Zeevriend“ ist es gestern zu einem großen Auslauf gekommen. Etwa 100 streikende Schiffer versammelten sich, in der Meinung, das Boot bringe auswärtige Arbeiter. Polizei und Seesoldaten trieben die Streikenden auseinander, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Abends fand eine Arbeiterfrauen-Versammlung statt, in der sich 700 Frauen der Sache der Männer anschlossen.

Rotterdam, 11. Juli. (W. Z. V.) Der Ausstand dauert an. Nur etwa 20 Schiffe haben die Ladung gelöscht. Außer Segelschiffen warten 140 Dampfer auf die Entladung. In einer heute abgehaltenen Versammlung beschloffen die Führer, die auf festes Gehalt angestellt sind, in den Ausstand zu treten. Die Frachtherrn bewilligen die Forderungen der Arbeiter unter der Bedingung, daß ihre Vereinigung sich von der Transportförderung trenne. Diese Bedingung wurde angenommen, und die Führer werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Lohnbewegung der Plätterinnen, beziehungsweise zu den Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht, nahm eine von etwa 500 Zuhörern und Zuhörerinnen von Wäsche- und Plättankstalten besuchte Versammlung. Dieselbe fand am Dienstag in Dräsel's Saal statt. Schon gleich zu Beginn der Versammlung machte sich eine sehr gereizte Stimmung gegen die Lohnbewegung der Plätterinnen und deren Vertreter bemerkbar. Ein Plättankstalt-Zuhaber hatte entdeckt, daß eine Frau, die der Lohnkommission der Plätterinnen angehört, im Saal anwesend war, und als er dies den Versammelten mitteilte, schrien es, als ob ein Teil derselben Lust hätte, die Frau aus dem Saale zu entfernen. Auch die Anwesenheit des Vorsitzenden Trinks vom Verein der Wäsche- und Arawattenarbeiterinnen, der die Lohnbewegung leitet, wurde mit Unwillen bemerkt. Dann stellte sich aber heraus, daß Herr Trinks von den Einberufern der Versammlung ausdrücklich eingeladen war, und daß auch die der Lohnkommission angehörende Frau als Zuhaberin einer Plättankerei eine Einladung erhalten hatte. Die erregten Gemüter beruhigten sich nun wieder. Die Ausführungen des Referenten atmeten einen durchaus friedlichen Geist. Der Redner erklärte die Lohnbewegung der Plätterinnen als berechtigt an, nur meinte er, ihre Forderungen seien zu hoch und könnten deshalb nicht bewilligt werden. Da aber ein Streik für die Plättankerei-Zuhaber von unangenehmen Folgen begleitet sei, so plaidierte der Referent für die Beteiligung der Geschäftsinhaber an den Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Der friedliche Ton, den der Referent angeschlagen hatte, fand bei den Versammelten wenig Anklang. Bei den zunächst folgenden Rednern stieß er sogar auf heftigen Widerspruch. Diese wendeten sich, begleitet von stürmischem Beifall der Zuhörer, mit großer Schärfe, teils sogar mit unerkennbarer Gehässigkeit, gegen die Forderungen der Plätterinnen. „Wir denken gar nicht daran, vor das Einigungsamt zu gehen“. „Einen Streik giebt es ja gar nicht!“. „Lohnt sie nur kommen, wenn sie streiken wollen, dann werden wir das Publikum darüber aufklären, mit welcher Frechheit man uns die Haut über die Ohren ziehen will!“ Solche und ähnliche Keuschungen entsetzten stürmische Beifallsstürme. Trinks, der auch das Wort nahm, um zu betonen, daß er namens der Plätterinnen gekommen sei, um die Hand zu einer Einigung zu bieten, wurde von verschiedenen Seiten mit persönlichen Anspielungen bedacht. Nachdem es in dieser Weise eine Weile fortgegangen war, kamen einige Redner zum Wort, die den von den Vorrednern angeschlagenen Ton entschieden mißbilligten und zu Einigungsverhandlungen rieten. Die weiteren Debatten trugen denn auch einen mehr sachlichen Charakter. Gegen das Vorgehen der Plätterinnen wurden folgende Einwendungen gemacht: Es sei ganz unzutreffend, wenn man die Zuhaber von Wäsche- und Plättankstalten als Meister oder gar als Unternehmer bezeichne, denn die Zuhaber seien entweder Arbeiter, die in Fabriken und Werkstätten ihrem Beruf nachgingen, während die Frau die Wäsche- und Plättankstalt leite, oder sie arbeiteten selbst in der letzteren mit. Die Zuhaber von Wäschereien und Plättankereien seien demnach solche Proletarier, wie die Plätterinnen. Wenn man auch anerkennen wolle, daß die früheren Löhne der Plätterinnen einer Verbesserung bedürften, so gehe es doch nicht an, daß man ihnen als Lohn die Hälfte dessen bezahle, was die Zuhaber des Geschäftsinhaber erhalten. Der Wunsch, den Preis der Arbeit je zur Hälfte zwischen Geschäftsinhaber und Arbeiterin zu teilen, habe zwar bei den früheren niedrigen Preisen bestanden, er könne aber jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden, da die Preissteigerung lediglich mit Rücksicht auf die Verteuerung des Materials und die Erhöhung der Mieten für die Geschäftstokale erfolgt sei. Die Plätterinnen hätten ja in den Versammlungen über gesundheits-schädliche, menschenunwürdige Arbeitsräume gellagt. Wenn die Geschäftsinhaber menschenwürdige Räume mieteten, dann müßten sie dieselben menschenlich bezahlen. Die Vereine der Geschäftsinhaber hätten bereits die früheren Löhne für Oberhanden von 90 Pf. auf 1,20 M., für Kragen von 30 auf 80 Pf., für Manschetten von 30 auf 40 Pf. und für Chemisjets von 30 auf 40 Pf. per Dupend erhöht. Daran werde man festhalten, und die weitergehenden Forderungen der Plätterinnen ablehnen. — Die Abstimmung ergab zunächst eine große Mehrheit gegen die Verhandlung vor dem Einigungsamt. Nachdem einige Redner diesen Beschluß genehmigt hatten, und auch der Einwand erhoben wurde, bei der Abstimmung habe ein Mißverständnis geherrscht, fand eine nochmalige Abstimmung statt, welche nunmehr eine Majorität für die Einigungsverhandlungen ergab. Die Versammlung ernannte die Vertreter, welche die Verhandlungen vor dem Einigungsamt zu führen haben und gab ihnen auf, nicht über die vorstehend angeführten Bewilligungen hinauszugehen.

Bäcker-Verordnung und Bäcker-Zunngsmeister. Der 15. Verbandstag der brandenburgischen Bäcker-Zunngsmeister Germania, der am 10. Juli in Eberswalde tagte, debattierte nach einem Referat des Obermeisters Gemeinhardt-Berlin, der die Bundesrats-Verordnung als ein Schmerzenskind der Bäckermeister bezeichnete, über folgende Resolution: „Die in Eberswalde am 10. Juli zum 15. Verbandstag des Zweigverbandes Brandenburg versammelten Delegierten von 82 Bäcker-Zunngsmeistern mit 4000 Mitgliedern erklären, der Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1906, der Eigenartigkeit des Bäckerbetriebes wegen nicht nachkommen zu können. Nach den bisherigen Erfahrungen sind schwere finanzielle Schädigungen durch die verschiedenartigen, unvorhergesehenen Einflüsse der Witterung und teilweise auch hervorgerufen durch die zu verarbeitenden Rohprodukte immer wiederkehrend und unausbleiblich. Auch sind wir vollständig der Willkür böswilliger Arbeitnehmer angesetzt und ein Spielball ihrer Denunziationslust. Das frühere familiäre und gesunde Verhältnis zwischen Meister und Gesellen ist verschwunden und in den meisten Fällen ein direkt feindliches geworden. Auch ist hierdurch des Meisters Autorität seinem Lehrling gegenüber tief erschüttert und die Pflichten, welche die Gewerbe-Ordnung dem Lehrherrn seinen Lehrlingen gegenüber auferlegt, schwer durchzuführen. Die Versammlung beauftragt deshalb ihren Vorstand, beim hohen Bundesrat, dem Reichstag, sowie bei allen Handelskammern zu beantragen, die maximale Arbeitszeit in eine minimale Ruhezeit von täglich 10 Stunden zu ändern und dadurch wieder geordnete Verhältnisse für unser Gewerbe herbeizuführen.“ Die Resolution wurde nach langer Debatte mit der Abänderung angenommen, daß nicht eine bestimmte Ruhezeit von zehn Stunden angegeben werde, sondern nur um eine durchführbare Abänderung gebeten werden soll, auch nicht der Meister für die Durchführung der Verordnung verantwortlich gemacht werden soll, sondern der gegen die Verordnung Verstößende, also event. der Geselle. Geht bäckerinnungsmeisterlich!

Ein Sieg des Kohlenyndikats. Zwischen dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat und einer Anzahl Werke, in deren Besitz Kohlengruben übergegangen sind, die vertragsmäßig dem Syndikat angeschlossen waren, schweben betreffs Lösung der Verpflichtungen verschiedene Prozesse. Diejenigen Werke, welche Kohlengruben erworben hatten, waren der Meinung, mit Verlauf der Stunden sei der Vertrag mit dem Syndikat, nach dem bis zum Jahre 1905 sämtliche geförderten Kohlen, so weit sie nicht dem Selbstverbrauch dienen, dem Syndikat überwiesen werden müßten, aufgehoben. Verschiedene Werke im Ruhrrevier glaubten sich nämlich in der Zuteilung der Kohlenmengen seitens des Syndikats nicht genügend berücksichtigt. Am im Kohlenyndikat nicht länger vom Syndikat abhängig zu sein, kauften die betreffenden Werke die nötige Anzahl Gruben an. Das Kohlenyndikat verlangte aber auf Grund der abgeschlossenen Verträge die Ueberweisung der bezüglichen Fördermengen. Die neuen Eigentümer der Gruben wendeten ein, laut Vertrag sei der Eigenverbrauch nicht Ueberweisungspflichtig, und durch die Verschmelzung der Gruben mit den Werken sei die hier benötigte Kohle als Selbstverbrauch zu betrachten. Das Syndikat beschritt den Klageweg. In erster Instanz wurde denn auch ein Urteil dahin gefällt, daß die Syndikatsverträge trotz des Uebergangs der Gruben in andere Besitz rechtskräftig blieben. Das Urteil ging sogar noch weiter. Ihm zufolge sollte die Gewerkschaft „Westfalia“ überhaupt nicht berechtigt sein, ihre Forderungen vor Ablauf des Syndikatsvertrags zu verantern. Die Gewerkschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Das Oberlandesgericht in Hamm hat nunmehr das Urteil in seinem ersten Teile bestätigt, dagegen die Ueberweisung des Verkaufsrechts aufgehoben. Die übrigen noch schwebenden Klagen werden wohl in gleicher Weise zu Gunsten des Kohlenyndikats ausfallen. Welches Geschäft diese Unternehmervereinigung macht, ist daraus zu ersehen, daß die Firma Rösch-Dortmund, welche von der vorerwähnten Gewerkschaft die Marke „Kaiserstuhl“ erworben hat, durch die Verpflichtung an das Kohlenyndikat bis zum Ablauf des Vertrags (1905) einen Schaden von rund 2 1/2 Millionen Mark erleidet.

Wieder ein Socialdemokrat Obermeister einer Zwangsinnung. Bei der Wahl eines Obermeisters der Schuhmacher-Zwangsinnung in Frankfurt a. M. erhielt Genosse Brähne 166 Stimmen, sein bürgerlicher Gegenkandidat 123 Stimmen. Brähne war somit gewählt. Auch die Wahl der übrigen fünf Vorstandsmitglieder fiel zu Gunsten der Zwangsinnungsgegner aus. Die Zwangsinnungsmitglieder sollen arg verduzte Gesichter gemacht haben.

Allzu scharf macht scharf. Eine schwere Niederlage hat der übertriebene Vorstand des Kriegervereins in Plaue (Schwarzburg-Sondershausen) erlitten, der in einer am 5. Juli stattgehabten Generalversammlung des dortigen Kriegervereins den Antrag hatte stellen lassen, diejenigen Mitglieder, die bei der Landtagswahl als socialdemokratische Wahlmänner fungiert hatten, aus dem Verein auszuschließen. Fast sämtliche Anwesenden stimmten jedoch gegen diesen Antrag, so daß sich der Vorsitzende genötigt sah, sein Amt niederzulegen. Selbst die Kriegervereine lassen sich also nicht mehr zu harapatrischen Exekutionen mißbrauchen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der chinesische Krieg.

Washington, 11. Juli. (W. Z. V.) Ein Telegramm des Admirals Remey aus Schifu vom 10. d. M. besagt: Ich traf gestern hier ein; zwei Bataillone des 9. Infanterie-Regiments und ein Bataillon Seesoldaten unter dem Kommando des Obersten Reade wurden heute ans Land gesetzt, um nach Tientsin vorzurücken. Die Thätigkeit der verbündeten Truppen in Tientsin ist gegenwärtig darauf gerichtet, ihre Stellungen festzuhalten. Eben erhielt ich von Admiral Seymour in Tientsin, daß die Ausländer hart bedrängt seien.

Deutsch-amerikanische Zollvereinbarung.

Washington, 11. Juli. (W. Z. V.) Staatssekretär Hay und der deutsche Botschafter von Solle haben gestern ein Abkommen unterzeichnet, nach welchem auf die deutsche Einfuhr die bisher andern Ländern gewährten Zollbefreiungen Anwendung finden. Präsident McKinley wird demnächst eine Proklamation erlassen, welche die ermäßigten Zölle in Kraft setzt.

Köln, 11. Juli. (W. Z. V.) Bei Wiesdorf stieß, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, ein Rheindampfer gegen einen Personenschiff. Der Fahrmann des letztern und drei Insassen ertranken.

Frankfurt a. M., 11. Juli. (W. Z. V.) Die „Freie Ptz.“ meldet aus New York: Der deutsch-amerikanische Reziprozitätsvertrag ist gestern unterzeichnet worden.

Budapest, 11. Juli. (W. Z. V.) Der Senat der Universität relegierte 18 Studenten wegen Ungezelligkeiten.

Paris, 11. Juli. (W. Z. V.) Die Trasseler Gerichtsbehörde hat einen Verhaftungsbefehl gegen Spido erlassen. Man glaubt, Spido habe Trasseler überhaupt nicht verlassen, sondern habe sich irgendwo versteckt. Seit gestern werden sämtliche Bahnhöfe von Polizeilaganten in Civil bewacht.

Rom, 11. Juli. (W. Z. V.) Der Senat hat die Vorlage betreffend das Budgetprovisorium bis zum 31. Dezember angenommen.

**Lokales.**

**Freie Volkshäuser.** Die Generalversammlung dieses Quartals findet heute Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Arminialhalle statt. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Der angekündigte Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Frankl fällt wegen Verhinderung desselben aus. An Stelle dessen spricht Herr Regisseur Max Martersteig über: „Die Tragödie“. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet der Geschäftsbericht des Vorstands, Kassierers und der Revisoren, und eine Neuwahl des Obmanns der Ordner der 7. Abteilung. Alle weiteren Beschlüsse des Vereins sind aus dem gestrigen Inserat des „Vorwärts“ ersichtlich.

**Zur Umfrage betr. die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.** Ein ähnliches Rundschreiben, wie das von uns mitgeteilte des Potsdamer Regierungspräsidenten, ist wohl von sämtlichen preussischen Regierungen erlassen worden. Wenigstens ist uns bekannt, daß in einer Reihe von Städten — z. B. Breslau, Frankfurt a. O. — auf Grund eines solchen Schreibens der Magistrat den dortigen Krankenkassen die in der Verfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten enthaltenen Fragen zur Beantwortung vorgelegt hat, allerdings mit Ausnahme der Frage 10 c, betr. den Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Parteizwecken. Dem Berliner Magistrat ist offenbar ein ähnliches Schreiben zugegangen; er hat es aber nicht für nötig befunden, in dieser Angelegenheit die hiesigen Krankenkassen oder auch nur die „Gewerbe-Deputation“ gütlich zu hören, sondern er hält die „Sachgenüßnis“ des Magistratskommissars für die Berliner Krankenkassen, Herrn Stadtrat Friedel, bez. die ererbten Fähigkeiten von dessen Vertreter, Magistratsassessor Dr. Meyer, für völlig genügend, um diese für die Kassen und die Verächter so wichtige Frage erledigen zu können. Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten werden freilich der Ansicht nicht beitreten können, daß die letztgenannten Herren zu ihrer Orientierung einer Befragung der Kassen, bez. der Gewerbe-Deputation nicht bedürfen. Ist es doch in den Kreisen der Kassen hinreichend bekannt, daß diese Herren keineswegs unfehlbar sind, sondern daß bisweilen ihre Maßnahmen recht sehr der Korrektur durch die „höhere Verwaltungsbehörde“ bedürften.

**Das Postschadverfahren** wird vorläufig nicht eingeführt. Die Errichtung von Postschadämtern und die Einführung des Postschadensverfahrens war von der Reichspostverwaltung ursprünglich schon zum 1. April d. J. beabsichtigt. Die Regierungsvorlage, durch welche der Reichstag ermächtigt werden sollte, das Verfahren einzuführen, wurde bekanntlich vom Reichstag wesentlich umgestaltet. Die Gebühre wurden fast ganz beseitigt und dafür die Verzinsung der Einlagen aufgehoben. Der Vertreter des Reichspostamts erklärte damals in der Kommission, die Verwaltung vermöge das veränderte Verfahren im Laufe des Jahres, etwa im September zur Einführung zu bringen. Wie wir berichtet haben, neigte man in den maßgebenden Kreisen sogar dazu, das Postschadensverfahren schon früher, im Juli oder August, einzuführen. Wie jetzt aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, beabsichtigt der Reichstagler nicht, von der ihm erteilten Ermächtigung, das Postschadensverfahren einzuführen, Gebrauch zu machen. Das Postschadensverfahren wird also auf seinen Fall noch in diesem Jahr zur Verwirklichung gelangen. Ob dem Reichstag eine neue Vorlage unterbreitet werden soll oder ob der ganze Plan als endgültig gescheitert zu betrachten ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

**Vorbereitung zur Volkszählung.** Im Statistischen Amt, Lützowufer 6—8, werden schon seit längerer Zeit die Vorbereitungen zu der am 1. Dezember stattfindenden Volkszählung getroffen. Die Fragebogen werden in den nächsten Tagen an die Kreisämter und an die Kommunen, die einem Kreisverband nicht angehören, versandt. Auch die Bureau-Hilfskräfte, die bei der Volkszählung und nachher während mehrerer Monate bei der Sichtung des Materials gebraucht werden, sind bereits engagiert. Sie erhalten pro Tag 4 M. Es sind viele hundert Bewerbungen eingelaufen, berücksichtigt wurden aber fast ausschließlich nur solche, die schon bei früheren Gelegenheiten im Statistischen Amt thätig gewesen sind.

**Das Pflaster** wird nun auch in der Panoramastraße befestigt und durch Asphalt ersetzt. Es lag hier bereits seit Anfang der achtziger Jahre und war in der letzten Zeit trotz häufiger Verbesserungen so schlecht geworden, daß seine endliche Beseitigung schon mit Rücksicht auf den lebhaften Wagenverkehr der benachbarten Central-Markthalle geboten schien. Die Panoramastraße gehört zu den neuen Straßen bezw. Plätzen, deren Pflaster in den Jahren 1881—1889 von einem Wiener Unternehmer gelegt wurde und mit denen die Stadtgemeinde wie der Unternehmer recht ärgerliche Erfahrungen gemacht hat. Dieses Pflaster erwies sich als so wenig widerstandsfähig, und seine Unterhaltung war so kostspielig, daß der Unternehmer froh war, als er sich 1898 gegen Zahlung einer Abstandssumme von 30 000 M. von der für eine lange Reihe von Jahren übernommenen Verpflichtung, das Pflaster gegen eine Entschädigung von jährlich 0,75—1,00 M. pro Quadratmeter zu unterhalten, befreien konnte. Für die Panoramastraße hätte die Verpflichtung vertragsgemäß noch bis 1907 gedauert. Die betreffenden Straßen und Plätze werden, soweit es die Steigungsverhältnisse gestatten, asphaltiert bezw. sind bereits asphaltiert worden.

**Ein elektrischer Sommer-Omnibus** der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft wurde Dienstag der Polizei vorgeführt und wird in den nächsten Tagen auf der Straße Anhalter Bahnhof—Stettiner Bahnhof in Betrieb gesetzt werden, der Wagen, der die Nummer 600 führt, ist leicht und gefällig gebaut. Der Kasten liegt ziemlich hoch auf den Rädern und der Zugang zu dem Wageninneren wird durch vier Stufen bewirkt. Der Omnibus hat eine Doppelbank, die in der Mitte des Innern aufgestellt ist, ähnlich wie bei Droschken mit zwei Seitengängen. Demgemäß befinden sich an der Rückwand des Wagens zwei Eingänge und zwar für jede Bankseite einer. Der neue Omnibus enthält 14 Sitze und 6 Stehplätze.

**Schließung der allgemeinen Volks-Krankenkasse.** Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Klage des Herrn Polizeipräsidenten ist gemäß § 129 zu 2 des Reichsgesetzes über die eingeschriebenen Klassen vom 7. April 1876 in Verbindung mit § 142 Absatz 2 des Zuständigkeits-Gesetzes vom 1. August 1883 durch Verfügung des hiesigen Bezirks-Ausschusses vom 15. Mai d. J. die vorläufige Schließung der allgemeinen Volks-Krankenkasse, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 126, bis zum Erlasse des Endurteils angeordnet worden. Die Abwicklung der Geschäfte (§ 30 des Hilfskassengesetzes) ist 1. dem Polizeisekretär, Kassator Weidke, Langendammstraße 17, 2. dem früheren Kassanten der frägnlichen Kasse, Buchhalter Fritz Reumeyer, Neus. Hofstr. 39, mit der Maßgabe übertragen worden, daß dem erstere die vollständige Leitung obliegt, zur Entgegennahme von Zahlungen ist jedoch jeder der beiden genannten Herren berechtigt. Die Geschäftsstelle der Kasse, sowie die Geschäftsführer derselben werden später mitgeteilt werden. Für die Zeit nach dem 15. Mai d. J. können gemäß § 31 Absatz 2 des Hilfskassengesetzes Krankenkassenleistungen nicht mehr geltend gemacht werden. Die Verpflichtung zur Zustellung der statutenmäßigen Kostenbeiträge besteht für alle am 15. Mai dieses Jahres vorhandenen gesetzlichen Mitglieder gemäß § 31 Absatz 1 des Hilfskassengesetzes. Begründete Reklamationen gegen die Anerkennung bezw. Festsetzung und gegen die Ablehnung des Anspruchs können spätestens innerhalb vier Wochen nach Empfang des Anerkennungs-, bezw.

Ablehnungs-Schreibens bei einem der Liquidatoren angebracht werden. Wird von diesem Recht freizügig nicht Gebrauch gemacht, so gilt die Festsetzung bezw. Ablehnung als anerkannt. Mündliche Auskunft über die für die Festsetzung bezw. Ablehnung maßgebenden tatsächlichen und statistischen Unterlagen wird vor Einreichung der schriftlichen Reklamation im Kassenlokal während der Geschäftsstunden auf Wunsch erteilt werden.

**Die längste Straßenbahnlinie** Berlin wird nach der Einführung des elektrischen Betriebs auf der Tegeler Straße die Linie Brigg—Tegel sein, die durch Verlängerung der bisherigen Linie Brigg—Seestraße gebildet wird. Die neue Linie wird rund 20 Kilometer lang sein.

**„Dürfte ich Ihnen vielleicht meinen Arm anbieten?“** Mit diesen Worten nahm ein Schutzmännchen am Alexanderplatz einen jener Damen fest, die es sich zur Aufgabe machen, alleingehende Damen zu belästigen. Dienstagabend gegen 7 Uhr wartete eine junge Dame an der Straßenbahn-Haltestelle vor dem Stadtbahnhof Alexanderplatz auf eine elektrische Bahn, jedoch vergeblich, da alle herankommenden Wagen besetzt waren. Ein junger Mensch, der sich später als der Kaufmann S. entpuppte, belästigte die Wartende zunächst mit Redensarten und als sie sich dem zudringlichen Benehmen des Kaufmanns zu entziehen suchte, auch thätlich; S. ergriff den Arm der sich Sträubenden und versuchte, dieselbe mit sich zu ziehen. Ein dort postierter Schutzmännchen hatte den Vorgang beobachtet und mit den Worten: „Dürfte ich Ihnen vielleicht meinen Arm anbieten“, trat der Beamte an den Kaufmann heran, hielt diesen fest und bewirkte auf Antrag der Schwerebelästigten die Sistierung des Verkehrs.

**Das von dem Raubmörder Gönz** beantragte Wieder-Entlassung-Beschreiben ist vom Landgericht I abgelehnt worden. Gönz hat gegen diesen Beschluß Beschwerde beim Kammergericht einlegen lassen.

**Wegen Sittlichkeitsverbrechen** wurde der 26-jährige Tischler-Geselle Max Freie, der in der Wilmannsstr. 29 bei K. in Schlafstelle wohnt, verhaftet. Während K. Wohnung suchen ging, und die Frau sich ebenfalls aus der Wohnung entfernt hatte, um Einkäufe zu machen, verging Freie sich an der 1 (!) Jahre alten Tochter in schändlicher Weise. Als die Mutter heimkehrte, war der Verbrecher verschwunden. Das Kind schrie furchterlich, und als die Mutter das arme Geschöpf aufsuchte, wurde ihr klar, was geschehen war. Das Kind liegt schwer krank daneben, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Verbrecher wurde später von der Polizei festgenommen.

**Schwere Brandwunden** zog sich der Stereotypen-Arbeiter, der in der Buchdruckerei von W. u. Co. beschäftigt ist, gestern nachmittags zu. Krüger war damit beschäftigt, einen schweren Behälter flüssigen Bleis in die Form zu gießen. Auf dem Wege vom Ofen zur Form glitt er auf dem mit Eisenblech beschlagenen Fußboden aus und fiel in die glühende heiße Masse. Mit schweren Brandwunden, unter entsetzlichen Schmerzen, wurde der Unglückliche, nachdem ihm ein Notverband angelegt war, in ein Krankenhaus überführt.

Während das ganze Personal der Druckerei noch unter dem Eindruck des Unglücks stand und ihr inniges Mitleid mit dem Arbeitskollegen Ausdruck gab, suchte der technische Leiter, Herr Rudolf W. Stein, anscheinend nach einer Erklärung für den Unglücksfall und äußerte sich zu dem Abteilungsleiter, dahin, daß der Mann wohl besoffen gewesen sei? Das Personal war aufs höchste empört über diese sivoile Behandlung eines Unglücks-falles, aber diese Denkwiese ist charakteristisch für unser Unternehmertum.

**Unfall auf der Arbeitsstätte.** Der Steinträger Paul Kaser war am Dienstag auf dem Bau Leipzigerstr. 72/73 damit beschäftigt, Steine auf den Ständer zu laden. Dabei hatte er nicht bemerkt, daß ein Stapel Steine los wurde, der nun unerwartet umfiel und dem K. eine zum Glück nur ungefährliche Wunde am Kopf beibrachte.

**Durch einen Sprung** aus dem Fenster hat sich der 41 Jahre alte Schutzmännchen Josef Lehmann aus der Lüderstraße 61 Mißwohl-mittig in der Charité geübt. Lehmann erkrankte vor längerer Zeit an Verfolgungswahn und versuchte, sich aus einem Fenster seiner Wohnung auf die Straße hinabzuwerfen. Am 19. Mai kam er daher in die neue Charité. Hier trat später Gelenkentzündung hinzu. Da er sich geistig bedeutend gebessert hatte, so wurde der Kranke nun von der Delirantenabteilung nach der inneren Klinik verlegt. Geistig vollständig klar, konnte er dort vor einigen Tagen das Bett verlassen, da auch das körperliche Leiden fast ganz geheilt war. Man wollte nur noch eine Schwellung der Anmiegeleien beseitigen, dann sollte der Mann geheilt entlassen werden. Da sprach er am Montag plötzlich den Stabsarzt der Station an und fragte ihn, ob es wahr sei, daß er nach Moabit gebracht werden solle, wie ihm die anderen Kranken gesagt hätten. Es ergab sich, daß der Kranke wieder Wohn-vorstellungen hatte. Er wurde daher wieder auf den Dachstuhl gebracht und der besonderen Aufmerksamkeit und Obhut der Wärter empfohlen. Nachdem der Mann in der Nacht zum Dienstag über ganz klar und ruhig geblieben war, nahm man von seiner Rückkehrung nach der neuen Charité Abstand, zumal er binnen kurzem entlassen werden sollte. Lehmann hatte sich in diesem verstellt, seine Gesundheit nur gehandelt. Als vorgestern nachmittags um 4 1/2 Uhr der Stabsarzt im Wartesaal, der im ersten Stock liegt, war und sich mit dem Personal beschäftigte, stand er vom Bett auf und sagte auf die Frage, was er vorhabe, er wolle nur den im Saale befindlichen Abort aufsuchen. Dann ging er auch dort hin, wandte sich aber vor dem Abort plötzlich um und sprang aus dem von jener Stelle stets aufstehenden Fenster hinaus, und zwar mit einem so mächtigen Schrei, daß der Fensterhaken nicht verlor. Die Wärter, die hinzusprangen, konnten ihn nicht mehr fassen, so blühhell spielte sich der Vorgang ab. Der Unglückliche stürzte auf das Pflaster an der Hauptfront des Krankenhauses und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf an einem Schädelbruch verstarb. Er hinterläßt seine Witwe mit 5 Kindern.

**Spielverluste** haben den 84 Jahre alten Berliner Paul Poplinski, der seit acht Tagen in der Volkeringstr. 26 in Schlaf-stelle wohnte, zu einem Selbstmordversuch getrieben. Poplinski blieb fast alle Nächte von Hause weg. Am Sonnabendmorgen kam er in der größten Aufregung nach Hause. Am ganzen Leibe zitternd erzählte er seiner Wittin, daß er im Spiel sehr viel Geld verloren habe. Am Montagmorgen war es wieder ähnlich. Gestern nachmittags um 1 1/2 Uhr griff der Spieler zum Revolver. In der Nähe des Sport-restaurant am Bahnhof Treptow schoß er sich aus einem leinwandigen Revolver zwei Kugeln in den Kopf. Seine Hand war jedoch sehr unsicher, die Geschosse gingen statt in die Schläfe in die linke Wange und drangen bis zum Hirn ein. Nur mit Mühe konnte ein Arzt den Verletzten verbinden, da er fortgesetzt abwehrte und beständig riefte, man solle in doch nur sterben lassen. Es gelang aber doch, den Verband fertig zu stellen und den Verwundeten mit einem künzlichen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban zu bringen.

**Auf seinem Bahn tödlich verunglückt** ist der 73 Jahre alte Schiffseigner Ferdinand Gudaus aus Gleibitzstein, der zum letzten hinter den Jellen angelegt hatte. Am Sonnabend hat der alte Mann, als er von seinem auf einen neben ihm liegenden Bahn über-treten wollte, einen Fehltritt, glitt dabei aus und stürzte in seinen fast leeren Kahn hinab. Er zog sich Rippenbrüche und innere Verletzungen zu und starb gestern früh.

**Einen furchtbaren Anfall** gab es gestern mittag in dem Hause Kaiserstraße 25. Hier wohnt seit drei Monaten im Keller ein 42 Jahre alter Dienstmann Franz Trefz, der sich vor acht Wochen mit einer 30 Jahre alten Aufwärterin verheiratete. Während die Frau als ordentlich und fleißig geschildert wird, ist der Mann dem

Trunk ergeben. Aus diesem Grunde verging fast kein Tag der jungen Ehe ohne Jank und Streit. Gestern mittag kam Trefz wieder betrunken nach Hause und machte Lärm. Ein Wortwechsel führte zu Thätlichkeiten. Frau Trefz goh in der Wut ihrem Mann einen Eimer Wasser an den Kopf. Nun griff Trefz zum Besenstiel und schlug mit einem wuchtigen Hieb seine Frau nieder. Während sie bewusstlos am Boden lag, schied der Förster Kotter, der auf das Geschrei hinzukam, zur Polizei. Als aber ein Schutz-mann kam, war Trefz durch einen zweiten Auszug entkommen. Der Beamte brachte die schwerverletzte Frau nach der Unfallstation in der Alten Schützenstraße, wo man eine zwölf Centimeter lange Wunde an der rechten Kopfseite feststellte, und von dort mit einem künzlichen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Trefz, der sich wegen verdächtigten Totschlags zu verantworten haben wird, war vorgestern abend noch nicht ergriffen.

**Tödlich verunglückt** ist ein Arbeiterdetektor, der kurz vor dem 50-jährigen Jubiläum stand, der 77 Jahre alte Schlosser Wilhelm Wilnow aus der Invalidenstr. 141. Wilnow war 49 Jahre und einen Monat bei Vorfig beschäftigt, zuletzt in Tegel, und freute sich schon darauf, im nächsten Jahre sein 50-jähriges Arbeitsjubiläum feiern zu können. Am Sonnabendmorgen sah er auf einer neuen Maschine herab und zog sich einen Schädelbruch zu, obwohl er aus unbedeutender Höhe fiel. Im Paul Gerhardt-Stift, wohin man ihn mit einer Droschke brachte, ist er seinen Verletzungen erlegen.

**Aus den Nachbarorten.**

**Brigg.** Am Freitag, den 13. Juli, findet die Jahres-General-versammlung des „Vorbildungs-Bereins für Brigg und Umgegend“ statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des gesamten Vorstands und Neuwahl desselben.

**Ober-Schöneweide.** Sonnabend, den 14. Juli, findet bei John die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Dasselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

In der Strafsache gegen den Redacteur Paul Wilhelm John zu Berlin, Dunsterstraße 69, geboren zu Berlin am 27. April 1868, Disident, wegen Verleumdung durch die Presse hat die 4. Straf-kammer des königlichen Landgerichts I in Berlin am 15. Febr. 1900 für Recht erkannt: der Angeklagte ist der Verleumdung mittels der Presse schuldig und wird deshalb unter Verlastung mit den Kosten des Verfahrens zu 2 — zwei — Monaten Gefängnis verurteilt. Den Mitgliedern der Strafreinigungs-Deputation zu Spandau wird die Verurteilung zugesprochen, die Verurteilung binnen einem Monat nach Zustellung einer Anfechtung des rechtskräftigen Urteils durch einmalige Einreichung des Urteilsentwurfs in der Zeitung „Vorwärts“, und zwar in demselben Teile und mit derselben Schrift wie der Abdruck des beleidigenden Artikels geschehen, auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Alle Exemplare der ersten Verlage zur Nr. 295 des „Vorwärts“ vom 17. Dezember 1899, sowie die zur Herstellung dieser Beilage bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen. Berlin, den 21. Juni 1900.

(L. S.) Lindner, Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts I, Straßlammer 4.

**Ueber die Einführung der Schulung** für die Fortbildungsschule in Rixdorf verhandelte dieser Tage die Rixdorfer Gewerbe-Deputation auf Veranlassung der Regierung, Bürgermeister Weigt und Kreis-Schulinspektor Dr. v. Komorowski nehmen schätzungs-weise an, daß bei Einführung des Obligatoriums die Schülerzahl in Rixdorf von 300 auf 2000 wachsen würde. Beide Herren erklärten sich prinzipiell für den Schulzwang, hielten aber wegen der un-günstigen Finanzlage Rixdorfs seine Einführung in der Stadt zur Zeit für völlig ausgeschlossen, da die Kosten von etwa 6000 M. auf 60—70 000 M. jährlich steigen würden. Der Bürgermeister hält es außerdem für unmöglich, daß Rixdorf ohne Berlin in jener Richtung vorgehen könne. Dieses Bedenken wurde indessen vom Kreis-Schulinspektor nicht geteilt. Fast alle Deputationsmitglieder waren für die Einführung des obligatorischen Fortbildungs-Unter-richts, mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse wurde aber beschlossen, der Regierung zu antworten, daß der Frage nur dann nähergetreten werden könnte, wenn der Staat die Mittel zur Verfügung stelle. — Der Kreis-Schulinspektor schlägt vor, die Herren Apelt und Wötcher zu Lehrern an der Fortbildungsschule zu bestellen. Apelt soll Physik und Wötcher Buchführung lehren. Die Deputation beschloß dem-gemäß.

Stadt. W. (Soc.) regt an, die erforderlichen Schritte zur Erhöhung des festgesetzten ortsblichen Tagelohns von 2,40 Mark auf 2,70 Mark (Berliner Tagelohn) zu thun. Er begründet dies mit der Gleichartigkeit der Rixdorfer und Berliner Verhältnisse. Durch den alten niedrigen Satz seien viele Arbeiter als Krankenkassen-Mitglieder benachteiligt. Es wurde be-schlossen, in eine Prüfung der Frage einzutreten.

**Die Einwohnerzahl Charlottenburg** ist dem Statistiken Amt der Stadt nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung zu Anfang Juni auf 187 866 Seelen berechnet. Für Anfang Mai berechnet das Amt die Einwohnerzahl auf 185 859. Die keine Ein-buße, welche der März der Bevölkerungszahl Charlottenburgs ge-bracht hatte, hat also der Aprilmonat wieder eingebracht. Bei der Volkszählung dürfte Charlottenburg es auf 190 000 Einwohner ge-bracht haben. Wird auch der Sommer, wie in früheren Jahren, wieder eine kleine Verminderung bringen, so wird dies jedenfalls doch mehr als ausgeglichen durch den Herbstzuwachs im Monat Oktober werden.

**Schöneberg.** Dem Haus- und Grundbesitzer-Verein ist jetzt von dem Polizei-Präsidenten folgender Entschluß gegen den Einspruch der Verlegung der Leber- und Schmelzungsrampe nach dem Rollen-dorfsplatz zugegangen: „Der aufrecht erhaltene Einspruch gegen die von der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen projektierte Bahnanlage muß als ungerichtet zurückgewiesen werden. Die beanspruchte Verlegung der Leber-führungsrampe auf etwa 1:15 ist auf technischen Gründen un-maus-schlagbar. Die Verlegung derselben von dem Rollendörfsplatz nach der Wilnowstraße ist, wie in dem Verhandlungstermin von dem Kommissar des Polizeipräsidiums ausgeführt worden ist, in den der Kammer-ordre vom 4. Dezember 1899 vorausgegangen Verhandlungen ein-gehend erörtert worden, mußte jedoch aus zwingenden Gründen auf-gegeben werden.“

**Die Aufgaben der Polizei in Aldersdorf.** Am vergangenen Sonntagabend gegen 10 1/2 Uhr fand im Gasthof „Zur Gemülichkeit“, einem für die Arbeiterklasse gesperrten Lokal, unter den Wästen eine arge Schlägerei statt, gegen die die polizeiliche Gewalt des Herrn Lypen vollkommen unzureichend war. Allerdings war das Polizei-Aufgebot nur ein geringes, denn der Polizeidirektor Janowski mußte ohne Unterstützung in den Trübel ein-greifen, weil die Genossen andere wichtige Kustrüge aus-zuführen hatten. An demselben Tage war nämlich nahezu die Gendarmerte des ganzen Bezirks schon um 7 1/2 Uhr vor dem Lokal von Schwaner zusammengezogen, um das von der anständigen Arbeiterklasse hier arrangierte Fest aufzuheben. So kam es, daß der Amtsdirektor auf seinem Posten im Gasthof „Zur Gemülichkeit“ allein stand und dem Ansturm nicht gewachsen war. Tausendfach wurde ihm die Uniform vom Leibe gerissen, und verließ er den Kampfsplatz mit einigen Verletzungen im Gesicht. Solche Zustände sind erklärlich, wo der Amtsdirektor seine Hauptaufgabe im Kampf gegen die Sozialdemokratie erblickt.

**Die Einführung des elektrischen Verkehrs** bei der Straßenbahn nach Tegel war ursprünglich auf den 10. Juli vorgesehen gewesen. Die Regulierung der Schamwedelstraße in Reinickendorf

hat dies jedoch unmöglich gemacht. Die landespolizeiliche Abnahme der Linie ist deshalb auf Donnerstag, den 12. Juli, festgesetzt, während die Eröffnung des elektrischen Betriebs am Freitag, den 13. Juli, erfolgen soll. Mit der Einführung des mechanischen Betriebs auf der Strecke Charlottenstraße (Unter den Linden) - Tegeler wird auch die Linie Charlottenstraße - Dalldorf zum Teil elektrisch, indem jeder zweite der nach Tegeler gehenden Motorwagen einen für Dalldorf bestimmten Anhängewagen bis zur Schornweber- und Berlinerstraße in Neidendorfer mit sich führt. Von dort werden die Dalldorfer Wagen mit Pferden an ihren Bestimmungsort gezogen. Tegeler erhält so zehn, Dalldorf zwanzig Minuten-Verkehr.

## Gerichts-Beilage.

Die Rettung der jungen Stadt Rixdorf durch Ausrottung der sozialdemokratischen Ideen läßt in hervorragender Weise sich der Polizei-Beauftragten Kaufmann vom dritten Polizei-Revier angelegen sein. Am 18. März hatte der Beamte auch die Versammlung der Sozialdemokratie, die im Lokale des Genossen Thomas (Apollon-Theater) stattfand, überwacht. Vor Eintritt in die Verhandlung wollte der Gesangsverein „Freie Sänger“ einige Lieder singen, was aber der Beauftragte verbot, weil diese Lieder nicht vorher der Polizei gemeldet waren. Als die Versammlung geschlossen war, fingen die Arbeiter, die unten im Saal waren, zu singen an. In diesen Gesang mischte sich der vierstimmige Gesang einiger Sänger, die das Lied „Der Freiheit“ anstimmten. Nachdem sich der Polizei-Beauftragte von seinem Schreien erholt hatte, forderte er energisch die Versammlung auf den Saal zu verlassen. Sei es nun, daß den Beamten es zu lange währte bis der Saal leer wurde, oder nahm er Anstoß an dem Gesang, er sandte den Schuttmann nach der Empore, um durch Festnahme des Dirigenten den Gesang zu inhibieren. Doch er kam zu spät, er fand nur noch den Notenanwalt Stuhnt, den er schließlich nach der Polizeidirektion brachte, um die Feststellung vorzunehmen. Die Folge war, daß der Leiter des Gesangsvereins Paech und Stuhnt jeder ein Strafgebot in Höhe von 10 M. erhielt. Hiergegen hatten beide Berufung eingelegt. Es machte zuerst die Berufung geltend, doch kam er hiermit nicht durch, da der Strafgebot noch zur rechten Zeit erlassen ward. Alsdann führte Paech an, daß er der Meinung war, daß die Genossen unten im Saale sangen, auch die Sänger, welche stets an einem solchen Tage sich zusammen finden, das Recht hätten, ein Lied anzustimmen. Das Gericht hielt alle diese Gründe nicht für stichhaltig und erlaubte gegen Paech auf 10 M., gegen Stuhnt auf 6 M. Geldstrafe.

Wegen Verleumdung des Senator König waren seiner Zeit viele Parteifreunde Groth und Schmidt in Kost und Lohn zu zwei Monaten resp. 30 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen hatten beide beim Reichsgericht Revision eingelegt, die am Montag zur Verhandlung kam. Der Thatbestand war folgender: Groth hatte am 2. Dezember v. J. in einer öffentlichen Versammlung in Bismarck eine Rede gehalten und dabei den genannten Senator lächerlich gemacht. Schmidt hatte dann in der von ihm redigierten „Medlenburgerischen Volkszeitung“ einen Bericht über diese Rede abgedruckt und die vom Gericht als beleidigend angegebenen Stellen mit abdrucken lassen. Der Saug des Reichsgerichts bereits am 12. Juni, es mußte aber damals die Sache verlagern, weil erst über die vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld aus Berlin, aufgestellte Behauptung, daß bezüglich der Straftat Groths bereits ein rechtskräftiges Urteil vorliege, Beweis erhoben werden mußte. Als Ergebnis dieser Beweiserhebung wurde heute folgendes mitgeteilt. Gegen Groth war vom Schöffengericht Bismarck ein Verfahren eröffnet worden wegen Verletzung einer medlenburgerischen Verordnung vom 27. Januar 1851, weil er an der Versammlung vom 2. Dezember 1899, welche polizeilich nicht genehmigt war, sich beteiligt hat. Die Eröffnung dieses Verfahrens erfolgte erst, nachdem bereits vor der Strafkammer des Landgerichts Schwerin das Verfahren eröffnet worden war, von dem oben die Rede ist. Der Vereinigung beider Strafsachen widersprach die Staatsanwaltschaft und sie wurden deshalb getrennt erledigt. Das Schöffengericht Bismarck sprach Groth frei, aber auf die Verurteilung des Staatsanwalts verurteilte die Berufungskammer des Landgerichts Schwerin den Angeklagten zu 30 M. Geldstrafe. Außer der schon erwähnten Verordnung wurden noch zwei später ergangene Verfügungen (die eine datiert vom 2. Mai 1877) herangezogen und die Verurteilung Groths erfolgte demgemäß, weil er sich an einer nicht genehmigten Versammlung beteiligt hatte und in ihr als Redner aufgetreten war. Gegen dieses Urteil hatte der Verteidiger Dr. Herzfeld Revision beim Ober-Landesgericht Kassel eingelegt, er halte aber das Rechtsmittel noch vor der Reichsgerichts-Verhandlung vom 12. Juni zurückgenommen, so daß also die Verurteilung Groths zu 30 M. rechtskräftig war, ehe über die Revision in dem Verleumdungsprozeß vor dem Reichsgericht entschieden wurde. Eine amtliche Verurteilung der Zurücknahme jener Revision lag heute dem Reichsgericht vor. Der Verteidiger beantragte nun in der heutigen Verhandlung die Einstellung des Verfahrens gegen Groth, da die infrimmierte Rede bereits Gegenstand einer gerichtlichen Prüfung gewesen sei und das daraus ergangene Urteil seine Rechtskraft erlangt habe. Das Schöffengericht und die Berufungs-Strafkammer seien verpflichtet gewesen, die infrimmierte That, d. h. die Rede des Angeklagten, nach allen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen; wenn dies unterblieben sei, so könne es mit Rücksicht auf den Grundsatz, wo bis in dem nach Eintritt der Rechtskraft des Berufungsurteils in einem neuen Urteil nicht nachgeholt werden. — Der Reichsanwalt gab die Nichtigkeit dieser Ausführungen zu und schloß sich dem gestellten Antrag an. Das Reichsgericht erkannte sodann auf Einstellung des Verfahrens gegen Groth, so daß die Gefängnisstrafe ganz in Wegfall kommt. Das Urteil gegen Schmidt wurde gleichfalls aufgehoben, doch erfolgte bezüglich dieses Angeklagten die Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.

Prozeß Kriegsheim vor dem Reichsgericht. Leipzig, 11. Juli. In dem Prozeß gegen den früheren Vorkriegs-Vandirektor v. Kriegsheim und den General-Agenten Bismann, die nach fünfzehntägiger Verhandlung vor Landgericht I in Berlin am 16. Februar wegen verschiedener Straftaten verurteilt wurden, hat das Reichsgericht auf die Revision der Angeklagten hin auf teilweise Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache in dem entsprechenden Umfang an das Landgericht I zu Berlin erkannt.

Die Stolper Krawalle vor dem Schwurgericht. Am Montag begann in Stolp die Verhandlung gegen 23 Angeklagte, die sich an den antisemitischen Tumulten am 21. und 22. Mai beteiligten. Die Jugendvernehmung ergab folgendes: Polizei-Inspektor Kaschewski schildert zunächst die Vorgeschichte des ganzen Krawalls, die Verhaftung des Arbeiters Manke. Der Kohlenhändler Müller habe seinen Arbeiter Manke wegen Trunkenheit entlassen wollen. Dieser habe sich dagegen gewehrt und trotz wiederholter Aufforderung das Haus seines Chefs nicht verlassen wollen. Einen herbeigeholten Polizisten schlug Manke zu Boden und ließ darauf mit einer blutenden Wunde, die ihm der Polizist durch einen Schußwund beigebracht hatte, in den Straßen der Stadt und in den Straßen weiter. Das Volk sei dadurch ganz aufgebracht worden und in Massen zum Markt geströmt, wosin man Manke ins Polizeigewahrsam geschafft hatte. Zeuge habe deutlich wahrnehmen können, daß die Menge es nur darauf abgesehen habe, die Polizei zu verulken und zu verhöhnen. Deshalb habe er sämtliche Mannschaften in das Wachtzimmer kommandiert, um sie dem Anblick der Menge zu entziehen. Das habe aber nichts geholfen, im Gegenteil sei der Sturm immer stärker geworden und mit einem Male sei auch „Hepp! Hepp!“ und „Juden raus!“ gemaht und die Laterne an dem Trellis des Ladens zertrümmert worden. Man habe er die Polizisten herausgetreten und den Markt mit blauer Wäsche säumen lassen. Dann habe er einen Beamten zur Reithaus geschickt und das Militär holen lassen, das bald darauf mit einem Kommando an der Spitze erschien. — Präsident: Würde, als Sie den Markt durch Ihre

Beamten räumen ließen, Widerstand geleistet? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Jedenfalls waren wir gleich gezwungen, blauf zu ziehen. — Präsi: Deshalb und wodurch? — Zeuge: Weil es nicht anders ging, weil wir verulkt und verhöhnt wurden. Am nächsten Abend, so befand der Zeuge, sei der Jung zum Markt wieder sehr stark gewesen. Man habe wieder die Polizei verhöhnt und seinen Anordnungen Widerstand geleistet, so daß er wiederum das Militär herangezogen habe. Seine, des Zeugen, Beschuldigungen habe man damit beantwortet, daß man nach ihm mit Steinen warf. Einer derselben habe seine Wange, ein anderer das Bein getroffen und beschädigt. Man habe auch wieder Hepp! Hepp! und Juden raus! geschrien, und er, Zeuge, habe daraus geschlossen, daß bestimmte antisemitische Kreise die ganze Sache angezettelt und geleitet hätten. An diesem Abend sei auch der den Polizisten und dem Militär geleistete Widerstand ein viel größerer gewesen als am vorhergehenden Abend. Den Angeklagten Grewing hat der Zeuge beobachtet, wie dieser dem abziehenden Militär ca. 30 Steine nachwarf. Erster Staatsanwalt Drammann stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß dieser wiederholt vergeblich die Aufforderung zum Auseinandergehen an die Menge gerichtet hat und daß bei dem Kravall ca. 20 Husaren verwundet worden sind, darunter einer schwer. Ferner seien fast alle im Dienst befindlichen Polizisten mehr oder weniger verwundet worden. Im Weiteren behauptet der Zeuge, daß das Gastliche Haus am Markt fortwährend mit Steinen beworfen sei, nachdem die Stolper Antisemiten das Gerücht ausgebreitet hätten, die in dem Hause wohnenden Juden hätten vom Balkon aus das Volk mit Steinen beworfen. — Staatsanwalt: Haben Sie in dieser Beziehung etwas ermitteln können? — Zeuge: Nein, ich nehme aber an, daß das nicht der Fall gewesen ist, sondern daß die an das Haus geworfenen Steine auf die Menge zurückgefallen sind.

Die übrigen Polizeibeamten bestätigen die Aussagen ihres Inspektors und belassen die einzelnen Angeklagten mehr oder weniger. Der Untersuchungsrichter behauptet, daß fast alle Angeklagten angegriffen hätten, sie wären nur auf dem Markt spazieren gegangen. Durch eingehende Verhöre habe er aber festgestellt können, daß die Leute eine halbe bis mehrere Stunden auf dem Markt sich trotz der Aufforderungen der Polizisten bewegt hätten. Kaufmann Simon hat den Angeklagten Schuhmachergehilfen Taube „Hepp! Hepp!“ und „Juden raus!“ rufen hören, und bemerkt, daß diese Leute eine Menge Leute um den Angeklagten verläumleten. Kaufmann Niebant sah Taube, wie dieser Regelschneide zerleinerte und den abziehenden Husaren nachwarf. Der Angeklagte habe auch Hepp! Hepp! und „Juden raus!“ geschrien und zu seinen Genossen gesagt: „Da ist ja auch noch so ein Jude, dem man das Fenster einschmeißen könnte.“

Ueber die Menge der geworfenen Steine äußert sich der Polizei-Sergeant Hoffmann dahin, daß es insgesamt eine Einsparmaßnahme gewesen sei. Eine ganze Anzahl der Steine ist auf dem Gerichtsbüchse niedergelegt, es befanden sich darunter alle Größen vom Niesel bis zum Pfasterstein. In der Sitzung am Dienstag war die Zeugenaussage ohne Interesse. Erster Staatsanwalt Drammann führte dann in seinem Plaidoyer aus: Die Vorgänge, welche sich hier in Stolp an den Abenden des 21. und 22. Mai auf dem Markt und in den angrenzenden Straßen abgepielt haben, haben ein großes und, wie ich zugeben muß, auch ein durchaus berechtigtes Aufsehen erregt, nicht allein in meinem engeren Bezirk hier, sondern weit darüber hinaus im ganzen Lande. Die Zeitungen aller Parteien haben darüber berichtet, teilweise haben sie die Thatfachen doch so wiedergegeben, daß die höheren Behörden ein großes Interesse an der Sache nahmen und Berichte darüber einforderten. Der Erste Staatsanwalt schilbert dann die Entstehung der Unruhen, die durchaus nicht den Ursprung hätten, den man ihnen zunächst untergeschoben habe. Der Anlaß, den der betrunkene Arbeiter Manke durch sein gewaltthätiges Auftreten gegenüber dem Polizeibeamten Niebant gab, war vielmehr ein ganz unpolitischer, geringfügiger, und erst dadurch, daß wie dies immer geschieht, das Publikum für den Verhafteten und gegen die Polizei Partei genommen habe, sei der Kravall zu einem Aufzuge ausgewachsen. Der öffentliche Aufruhr beschränkt hierauf an der Hand der Beweisaufnahmen die Beteiligung der einzelnen Angeklagten an dem Tumult und referiert sich dahin, daß sämtliche Angeklagten, soweit sie sich in der Menge auf dem Markt bezw. in den angrenzenden Straßen befunden haben, auch für die Ausschreitungen der Menge verantwortlich gemacht werden müßten. Es geht nicht an, die Angeklagten nur insoweit zu bestrafen, als sie direkt an der Zerstörung der jüdischen Geschäftsböden teilgenommen haben. Die Zerstörung sei eine Folge des allgemeinen Auftriebs gewesen, und von den Angeklagten sei erwiesen, daß sie an dem Aufzuge teilnahmen. Bezüglich der Zerstörung mildernder Umstände macht der Erste Staatsanwalt geltend, daß der Kravall ein ganz außerordentlicher, ein Poststrum für Stolp war, eine wilde Ausdehnung, die ganz exemplarisch bestraft werden müßte. Der Aufzug hätte unabwehrbare Folgen haben können, da für den dritten Tag das Militär mit schweren Patronen ausgerüstet war. Deshalb müsse er sich gegen die Jubiligung mildernder Umstände aussprechen, damit einmal deutlich gezeigt werde, wie solche durch unreihe Verurteilungen hervorgerufenen Ausschreitungen geahndet werden, damit anderen Leuten die Lust zu ähnlichen Dingen vergehe. Er bitte daher, die Schuldfragen sämtlich zu bejahen.

Die Verteidiger haben die für die Angeklagten günstigen Momente hervorzuheben und plädieren zum Teil für die Jubiligung von mildernden Umständen. Rechtsanwalt Scheuermann meint, bei der Strafbemessung müsse berücksichtigt werden, daß der ganze Kravall lediglich ein ins Große getriebener Dummengungenkreiß sei, obgleich man nicht leugnen könne, daß auch treibende Kräfte dahinter gesteckt hätten, die aber nicht mit auf der Anklagebank saßen. Man sollte die Angeklagten nicht für die Verbrechen anderer Leute büßen lassen. Das Schwurgericht verurteilte von den 23 angeklagten Personen 22 zu Strafen von vier Monaten Gefängnis bis zu drei Jahren Zuchthaus. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Das Urteil ist im Vergleich zu dem Vorgehen überaus hart. Die Angeklagten waren meist junge Burden, die aus Standpunkt an diesen Exzessen sich beteiligten. Ihre Jugend und ihre politische Unreife, die sich ausstobte in den karrensposten antisemitischen Schreier, sollte ihnen eine gelindere Beurteilung zulassen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnen Berlins, wahrt Euer Rechte!

Die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassenen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über: die Dauer der Arbeitszeit für Arbeiterinnen über 16 Jahre, für jugendliche Arbeiter, über Kündigung und Entlassung, Ausstellung von Zeugnissen, Strafgelder, hygienische und Schutzmittel, ungesunde Arbeiterinnen, Arbeitsvoraussetzungen, Anleideräume, Beschaffenheit und Zahl der Aborte, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen gesährdet. Arbeiterinnen achtet darauf, daß die zu Euerem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen von den Unternehmern durchgeführt und innegehalten werden. Um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Voreitung der Missethäter in den Arbeitsstätten hinzuwirken, sind nachstehende Personen bereit, wahrheitsgetreue Bescheinigungen unentgeltlich entgegenzunehmen und auf schleunigste Abhilfe zu dringen. Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten! Frau Baader, Strassbergerstr. 28, v. IV. Frau Waische, Köpckeplatz 47, III. Frau Dr. Behl, Köpckeplatz 67. Frau Reich, Anhalterstr. 3, unter Aufg. IV. Frau M. Diez, Blumenstraße 63, I. rechts. Frau Sprung, Engel-Ufer 4a, 2. Hof. Frau II. Frau Schneider, Ballhofstr. 92 II. Frau Jung, Fichtestr. 25, Hof II. Frau Charlottenburg: Frau Wille, Donabrudderstr. 27, I. A. Köpcke, Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, I., Zimmer 8. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

## Versammlungen.

Der Wahlverein im 4. Wahlkreis (Oien) hielt am Dienstag in der „Königsbahn“ in der Frankfurterstraße eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Stadt-Genosse Dr. Freudenberg referierte über „Die bürgerlichen Parteien und das Wahlrecht“, mit besonderem Hinweis auf die „Kommunalwahlrechts-Reform“ in Preußen. Eine Besprechung fand nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht statt. Der Vorsitzende Schneider erbat die Genossen, sich recht zahlreich an dem am Sonntag, 15. Juli stattfindenden Sommerfest in Weikensee zu beteiligen. Ein Antrag Galle, in nächster Zeit eine „außerordentliche“ Versammlung mit der Tagesordnung über „China und die politischen Wirren“ einzuberufen, wurde von Schneider und Bengels dahin beantwortet, daß in nächster Zeit eine derartige Versammlung mit einem hierzu geeigneten Referenten stattfinden werde, obwohl die Sozialdemokratie säuerlich viel China-ländische „Weltpolitiker“ aufzuweisen habe! (Heiterkeit.) Galle meinte, daß wohl ein jeder, der aufmerksam auch nur den „Vorwärts“ lese, sich über diese Verhältnisse genügend unterrichten könne. Zum Schluß der Versammlung ersucht Schneider nochmals die Mitglieder des Wahlvereins, die Versammlungen pünktlich zu besuchen, damit diese auch frühzeitig eröffnet werden können.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 6. Juli für Wedding und Gesundbrunnen eine Bezirksversammlung ab, in der Genosse Theodor Wegner einen Vortrag über die Lage der Arbeiter und die gegnerischen Parteien hielt. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Als Vortragsgesammler wurden die Mitglieder Reiche und Otto Jakob gewählt. In die Werkstatt-Kontrollkommission wurde Holze, Heischmidt, Reichsreiter, Gottschalk und Wittkowski gewählt. Zum Schluß empfahl der Vorsitzende das Lesen und die Verbreitung der Arbeiterzeitschrift.

Ein heftiges Redetouren fand am Dienstagabend zwischen den Christlich-Sozialen und den Christlich-Sozialen Gewerkschaftsvereinen statt. Der Christlich-Soziale Metallarbeiter-Verband Deutschlands hatte eine Versammlung aller Christlich-Sozialer Metallarbeiter nach dem Lokal von Freitag, Bergstraße 144 in Rixdorf einberufen. Da sämtliche Christliche Gewerkschaftler hierzu eingeladen waren, so hatten sich viele Personen eingefunden, so daß der Saal viel zu klein war und die Besucher nicht sitzen konnte. Als Referent trat ein Herr Hameler auf, der über: Die Christliche Gewerkschaftsbewegung sprach. Redner verbreitete sich zuerst im allgemeinen über Arbeiterverbindungen. Er immerte an die Zeit der Zünfte und Zünfte, welche aber immer mehr durch die Habsucht und der Sucht nach Freiheit der Arbeiter verdrängt wurden. In jener Periode der Freiheit habe man das Koalitionsrecht verboten, auch habe man den Lohn durch längere Arbeitszeit, die Einführung der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit verringert. Hierdurch sei aber das Elend so groß geworden, daß der Staat sich veranlaßt sah, Wohlfahrtsanstalten zu schaffen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sei die Grundlage zu der Selbständigkeit der Arbeiter geworden. Die Gewerkschaftsbewegung habe allein zum Ziele, der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Die Einführung des Alters- und Invaliden-Gesetzes habe zwar vieles Gute aber auch viele Übel. Die Unkenntnis der Gesetze seitens der Arbeiter sei schuld, daß so viele Stimmen der Arbeiter verloren gingen, denn der Arbeiter sei in den meisten Fällen nicht in der Lage, seine Rechte geltend zu machen. Redner empfahl den Arbeitern, sich an die Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, er rät aber den Anstöß an diejenigen Vereinigungen, bei denen Politik und Religion ausgeschlossen seien. Der Christlich-Soziale Metallarbeiter-Verband Deutschlands stehe auf diesem Boden und werde zum Wohle des Arbeiterstandes und des Vaterlandes wirken. In der Diskussion nahmen mehrere Mitglieder der Christlich-Sozialen Vereinigung das Wort. Sie erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, rieten aber von einer Zerpfitterung ab. Ein Herr Wies auf die Vorteile, die der Christlich-Soziale Gewerkschaftsverband biete und die Erfolge, die er in den 30 Jahren seines Bestehens errungen habe. Eine Zerpfitterung bringe nur den Arbeitern einen Vorteil, die sich darüber freuten. Denn wie könnten die Arbeiter etwas erreichen, wenn sie nicht einig unter sich seien. Auch bei den Christlich-Sozialen seien Politik und Religion ausgeschlossen. Andre Redner dieser Vereinigung hielten den Namen „Christlich-Sozialer Metallarbeiter-Verband Deutschlands“ nur für ein Deckbild des alten Arbeitervereins. Es wäre richtiger und ehrlicher, wenn man sich einfach „Katholischer Arbeiterverein“ nennen würde. Nachdem auch von der anderen Seite die Vorteile des Verbands hervorgehoben worden, schloß der Referent in seinem Schlußwort aus, daß es nicht darauf ankomme, daß für die Religion Propaganda gemacht werde, sondern daß sie nicht unterdrückt werde. Nach einigen nebenwärtigen Bemerkungen erfolgte der Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

Ritterklub „Menschenauer“. Gemischter Chor. Übungsstunde. Andreasstr. 3. Heute willkommen. Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher. Donnerstag, den 12. d. M., abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Kolonnenstraße 57, Generalversammlung. Neuwahl des gesamten Vorstands.

## Vermischtes.

Aus Konig. Am Dienstagabend gegen 10 1/2 Uhr hat bei dem Schlachtereifer Voth abermals eine Hausungung und ein Lokaltermin stattgefunden. Es beteiligten sich daran der Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann, Kriminalkommissarius Klatt, mehrere Offiziere der Polizei und der Arbeiter Maslow, sowie dessen Schwiegermutter Frau Voth. Ueber das Ergebnis wird Stillschweigen bewahrt. Für die Mitternacht ist die „Affäre“ momentan in die zweite Reihe gerückt, das Hauptinteresse wendet sich der Steuerfrage zu, da den steuerzahlenden Bürgern jetzt der Steuerzettel für das laufende Rechnungsjahr zugestellt worden ist. Nach demselben werden zur Dedung der städtischen Bedürfnisse an direkten Steuern 250 Proz. der Staatseinkommensteuer bezw. der veranlagten Verwaltungseinkünfte, sowie 200 Proz. der Realsteuern und endlich ein Gemeindesteuerschlag von der Betriebssteuer in Höhe von 100 Proz. erhoben werden. Da die Stadt nur 10 500 Einwohner hat, so sind die Steuererträge im Verhältnis zur Größe der Stadt ungemein hoch, was lebhaft erörtert wird und die Erregung schürt. Dazu kommt, daß für die nächsten Jahre infolge der Unkosten, welche die militärische Besetzung der Stadt verursacht, eine weitere Erhöhung der Steuern bevorsteht, denn die ganzen Unkosten werden auf keinen Fall vom Staat übernommen werden. Danach kommt den braven Bürgern in Konig die Judenhege teuer zu stehen.

Ein äronautischer Gedanktag ist der gestrige Mittwoch. Der 3. Jahres, am 11. Juli 1897, stieg der lähne Schwede André von Spitzbergen aus in einem Luftballon auf, um sich durch sübliche Winde über den Nordpol treiben zu lassen und womöglich den Nordpol, das bisher unerreichte Ziel so vieler Expeditionen) zu entdecken. Bis heute sind André und seine Begleiter nicht wieder zurückgekehrt, und es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß die lähnen Luftschiffer noch am Leben sind. Damals hieß es, daß sübliche Winde den Ballon verschlagen sollten, in spätestens 2 1/2 Jahren sichere Kunde von ihnen bekannt werden könnte. Jetzt sind bereits 3 Jahre vergangen, so daß es als ziemlich sicher erscheint, daß die Nordpolstreibenden bedauerlicherweise Opfer der Forschung geworden sind.

Eisenbahn-Unfall. Amtlich wird gemeldet: Am Dienstagabend 7 Uhr stießen auf dem Stuttgarter Hauptbahnhofe zwei Rangierabteilungen zusammen und entgleisten teilweise. Ein Lokomotivführer ist kurz darauf bei dem Zusammenstoß erlittenen Verletzungen erlegen. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend. Das Gleise wurde für einige Stunden gesperrt. Die Jüge konnten jedoch ohne nennenswerte Verspätung auf dem Nebengleise befördert werden.

Pest-Quarantäne. Laut Bekanntmachung des Quarantäne-Amts in Bremen haben werden wegen Ausbruch der Pest in Smyrna die von dort kommenden Schiffe einer gesundheitspolizeilichen Kontrolle unterworfen.

Briefkasten der Redaktion.

Die bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Straße) anzugeben, unter der die Antwort erlangt werden soll, und die letzte Abkommensbestätigung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

H. V. Lesen Sie nach: Reichstagswahlen 1867-1897 von Specht Verlag Henmann Berlin; ferner 'Vollblatt' für Halle, Ergebnis der Reichstagswahl 1898. Beides zusammen genügt. Specht befindet sich wahrscheinlich in der Schloßstr. des 'Vollblatt'.

H. Prillwitz, Sie können uns dazu nicht verpflichten; Sie müssen uns das jedes einzelne Mal per Karte mitteilen.

Witterungsübersicht vom 11. Juli 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., etc. Rows include stations like Weiden, Bamberg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 12. Juli 1900.

Vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südöstlichen Winden mit zunehmender Erwärmung.

Berlin-Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 10. Juli 1900

Table of market prices for various goods like wheat, rye, and oil, with columns for item name and price.

\*) ob Bahn. \*) frei Wagen und ob Bahn.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 11. Juli 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 334 Rinder, 2218 Kühe, 1127 Schweine, 10 758 Schafe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Substitut gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: 'Von den Alpen zum Vesuv'. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.

Theater

Donnerstag, den 12. Juli. Opernhaus, Geschlossen. Schauspielhaus, Geschlossen. Neues Opern-Theater (Kroll), Geschlossen.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Morwitz-Oper. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal: Dinorah.

Carl Weiss-Theater

Die Tochter Selias. Freilichtspiel von Rudolf Kiesel. Anfang 8 Uhr.

Sanssouci

Zu prächtigen Natur-Gärten. Jeden Sonntag u. Donnerstag humorist. Solos der Norddeutschen Quartett-Sänger.

fäher (Bollmischma) und beste Saugfäher 67-70, b) mittlere Wollfäher und gute Saugfäher 62-65, c) geringe Saugfäher 52-55, d) ältere, gering genährte (Fehler) 37-42.

Produktenmarkt vom 11. Juli. Infolge der höheren nachdrücklichen Preisermittlungen aus New-York setzte Getreide heute gut behauptet ein.

Briefkasten der Expedition.

Müller, Kohn u. a. Bei verspäteter Bestellung sind für Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern 10 Pf. mehr an das Postamt zu zahlen.

See-Terrasse

Größtes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See. Jeden Sonntag: Grosses Konzert. Ersklassige Specialitäten im Variété-Theater.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Advertisement for 'SAMOA' exhibition. Includes image of a woman and text: 'Vorletzte Woche! Ausstellung unserer neuesten Kolonie SAMOA'.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. - Halle des elektr. Ringbahn. - Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Ballett, Specialitäten-Vorstellung, Ball.

Max Kiliens Sommer-Theater

Hafenstraße 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Grosses Doppel-Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Treptow Park-Restaurant

C. Ludwig, früher Jakob. Jeden Donnerstag: Grosses Kinderfest.

Natur-Heilverfahren.

Gent., Garm- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3. 7 Stadtbahnhöfen. Großer Naturgarten. Täglich von 6 Uhr ab: Dr. internationale Konzerte.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Der wilde Jäger. Täglich: Concerte, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148. Kastanien-Allee 97-99. Täglich: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal. Täglich: Norddeutsche Sänger.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen.

Täglich: Steintner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr, Montag 7 Uhr.

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15. Jeden Sonntag und Dienstag: Dr. internationale Konzerte.

Rixdorfs Vereinsbrauerei!

Frei-Konzerte, Kaffeeküche, Kegelbahnen. Dr. internationale Konzerte.

Schultze,

Wasserthorstr. 1/2, 1. Behandlung aller Haut-, Haut- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung.

Bettfedernreinigung

elektrischer Betrieb, Grüner Weg 3. (49300) Hauschild & Kettwitz.

Möbelstoffe!

alle Qual. selten billig! Gelegenheitskauf: Moquette, Plüsch 5,35 M.

Laabs

Einasserstr. 30. Behandl. aller Haut-, Haut- und Blasenleiden.

### III. Wahlkreis.

Freitag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Tätigkeit des Reichstags und die politische Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Einberufer: St. Fritz.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung der Mechaniker, Optiker und Uhrmacher im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow**. 2. Diskussion. 3. Berichterstatter des Kollegen Köhler über seine Tätigkeit als Gewerbetreibender. 4. Wahl des Branchenvorstandes. 5. Verhandlungsangelegenheiten. Angesichts der überaus wichtigen Tagesordnung erwarten wir, dass die Kollegen zahlreich und pünktlich erscheinen. 114/7

Die Ortsverwaltung.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 14. Juli:

## Dampferpartie nach Neptunshain.

Abfahrt 6 1/2, 7 1/2 und 8 1/2 Uhr ab Zimmertorbrücke.

## Großes Garten-Konzert

## Sommernachts-Ball.

Billets zum Preise von 75 Pf. sind im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, ferner beim Kollegen **Lay**, Graubenerstr. 7, sowie in den Gasthäusern des Ostens zu haben.

Sonnabend, den 14. Juli:

## Großes Sommerfest der Schraubenbranche in Joels „Victoria-Garten“, Köpenicker Landstraße.

## Großes Konzert

## Vorträge des Männer-Gesangvereins „Georgina“

## Sommernachts-Ball.

## Kinder-Fackelpolonaise.

Anfang des Konzerts 6 Uhr. Billets zum Preise von 25 Pf. sind im Verbandsbureau, sowie bei den Kommissionsmitgliedern zu haben. 114/8 Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Maurer. Achtung!

## Mitglieder-Versammlung des Centralverbands der Maurer zc. für Westen und Schöneberg.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. V. Frankl** über: „Einiges aus der Geschichte der Justizminister.“ 2. Gewerkschaftliches. Um rege Beteiligung bitten. Die Verbandsleitung. 189/6\*

## Zähne 2 M. Künstl. Zähne

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilw. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7. von 3 Uhr an, vorzuziehlich. Keine plumbierten schmerzlos. Schmerzloses Zahnziehen. Goldstein, Oranienstr. 123. \*

Hiermit allen Bekannten, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn und unser Bruder, der Schriftleger

## Emil Beckert

am 8. d. M. plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, 13. d. M., nach 6 Uhr, von der Reichshalle des St. Philipp-Klosters Kirchhof, Müllerstraße, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Sage allen Freunden, Bekannten und Kollegen sowie den Herren Chefs der Tischlerei Kimbal & Friedrichs, für die reichliche Unterstützung während der Krankheit sowie für die Teilnahme und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 18788 Witwe **H. Rahn**.

Sterbefälle

## chem. Flugsicher Arbeiter, Gesellschaft Kasse.

## General-Versammlung

am Sonntag, den 22. Juli 1900, vormittags 10 Uhr, bei **Hämann**, früher Grünfel, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Berlegung des Protokolls vom 28. Januar 1900. 2. Jahresbericht pro 1. Halbjahr 1900 und Bericht der Revisoren. 3. Festlegung der Zeitungen pro 1901. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 18798 Das Mitgliedsbuch legitimiert.

## Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge und Paletots nach Maß, prima Stoff und guter Sitz. **Riesenschlager** 50012\* Krausenstr. 14, I (kein Laden).

## Konsum-Verein Berlin Süd.

## Außerordentliche Generalversammlung in Bickels keinem Saal, Hafenside 52/53.

Tages-Ordnung: Eröffnung der zweiten Verkaufsstelle für den Süden. Legitimationskarte berechtigt zum Eintritt. NB. Die Mitglieder sind verpflichtet, die bis zum 1. Juli 1900 erhaltenen Dividendenmarken nebst Quittungsbüchern bis zum 15. Juli d. J. in der Verkaufsstelle abzuliefern; später abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit. 268/13 Der Vorstand.

## Fliesenleger!

## Versammlung der Fliesenleger Berlins u. Umg.

Donnerstag, 12. Juli, abds. 8 Uhr, bei Schulz, Grenadierstr. 33: Berichterstattung über den Stand unserer Lohnbewegung. Die Kommission. 56/12

## Achtung, Stock-, Schirm- und Celluloidarbeiter!

Die öffentliche Versammlung, welche am Montag nicht stattfinden konnte, ist heute abends 8 Uhr bei **Stechert**, Andreasstr. 21. Die Tagesordnung ist dieselbe. Der Vertrauensmann.

## Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Raser, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Feiseure. En gros - Detail. 5001L\* **D. Wurzel & Co.,** Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

## Arbeiter Berlins!

Von den Hünnerwalder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt: **H. Sporn**, **Dietrich** (Hansich Nachf.), **K. Weigel**, **R. Klähre**, **W. Enigk**, **O. Wessly**, **R. Reinke**, **G. Franz**, **F. König**, **H. Müller**, **A. Hurras**, **R. Bär**, **Reinhold Kaiser**, **Karl Uhlisch**, **Adolf Hartung**, **Paul Winkler**, **Max Pöschel**. Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.

Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

## Einheitspreis für Brennspiritus

30 Pfg. pro Liter.

Detailisten, die sich auf Einhaltung des vorstehenden Preises bei literarischem Verkauf von Brennspiritus verpflichten, erhalten bei Entnahme von wenigstens 30 Liter Volumen von den nachstehend genannten Firmen 57 Volumenprozent starken

## BRENNSPIRITUS zu den VORZUGSPREISEN

der Centrale für Spiritus-Verwertung in Leibgebunden des Verkäufers frei fürs Haus gerollt. Bei Entnahme grösserer Quantitäten treten Ermäßigungen ein.

Bank für Sprit- und Produktenhandel **R. Eisenmann** **C. A. F. Kahlbaum** **Carl Kühne** **Louis Pritzkow** **Martin Manasse** **Herm. Meyer & Co.** **R. Robert** **L. Stargardt** **Gustav Wolf Nachf.** Sämtlich in Berlin. [102/7]

Empfehle Freunden und Bekannten mein Küberdorferstr. 11 gelegenes Restaurant. Neu renoviert. Vereinszimmer bis zu 50 Pers. Franz, Billard. Rob. Neumann, Kl. Andreasstr.

## Cigarrenhändlern

offerierte besonders preiswert meine 3 Spezialmarken. Agieren gel. **Eugen Braun**, Wehlseiden-Kassef. 50922\*



Für Fabriken, Berghütten, Kantinen zc. Lieferz. id. 50673\* 30 1/2 Hl. Export-Weißbier f. R. 2.25 (ohne Wasserzuzug). 30 1/2 Flaschen helles od. dunkl. Lagerbier für 2.25 (von welcher Brauerei gewünscht wird). 30 1/2 Flaschen Berliner 2 R. 50 Pfennig. Abrechnung kann wöchentlich erfolgen. Bis umf. 1. Okt. 1900. A. Seidler, Berliner Export-Weißbier-Brauerei, Schöneberg-Berlin W. Comptoir: Sedanstrasse 82, II.

## Bürgerliches Brauhaus.

Otto Müller Nachf. Gebr. Wanninger, 18. Neue König-Strasse 18

## Pilsener Bier.

empfehlen ihr reichhaltig bekanntes und bestes Berliner dem sogenannten Original-Pilsener ebenbürtig Vorzüglich eingebraut. Leicht bekömmlich! Ist bei vielen bekannten Restaurateuren eingeführt.

## Einerstklassiges deutsch. !Musichneiden!

## Fahrrad Gültig 4 Wk.!

anerkannt beste Marke. Kennen Sie sich - wenn Sie für die Beschaffung derselben wirken wollen ohne nennenswerte Geldausgabe mühelos erwerben. Prospekte und Kataloge postfr. Anfragen unter „Freitag“ an **Heinr. Elsler**, Berlin SW. 19 erbeien. [130/6\*

## Chronische Leiden

jeder Art ohne Berufshörung. Institut **Joat**, Chausseestr. 117, I. r. 9-3, 5-9, Sonntags 9-7. \* Arbeiter 20 Proz. Ermäßigung.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Baustr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

# Kleine Anzeigen.

## Verkäufe.

Reparatur, direkt Hof, großes Fadrigeschäft, mit kleinem Garten, 9 Jahre selbst, verkauft hoch, Chausseestr. 52. 760\*

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Wortschauerstraße 63 im Schanlokal.

Edelkellerei, mit schönem Pergolen, umschließender billig zu verkaufen Schulstraße 12. 298\*

Destillation und Stehhierballe, direkt am Strahndamm-Depot, bei sehr billiger Miete sofort veräußert. Schützenstr. 4a. 1848\*

Restaurant Umstände halber zu vermieten oder für Inventarpreis billig zu verkaufen. Zu erfragen bei **A. Gelet**, Wortschauerstraße 4. 1731\*

Restaurations, Destillation, ohne Ofen, 10 Jahre bestehend, gutes Geschäft, modern eingerichtet, mit Verein, keine Konkurrenz, für jedermann passend, günstige Gelegenheit, sofort oder zum 1. Oktober billig zu verkaufen. Wortschauerstraße 42. 790\*

Edelkellerei verkauft (1500) Teufel, Wortschauerstraße 29. 761\*

Elegante vorjährige Herrenkleider, feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Stoppbetten, sportlich, reichhaltig. Reichenstraße 6.

Reinheitsproben, gelbene, Regu-Intoren, sportlich. Reichenstraße 6. 25/12\*

Seidenschleifen, bestes Material, auch Teilzahlungen. Gustav Drederer, Cuperstr. 20. 261\*

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge und feine Stoffe 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Wollgeschäfte mit Wolle verkauft Krüger, Müllerstr. 163a. 11788\*

Teppiche, Gardinen, sportlich, reichhaltig. Reichenstraße 6.

Maurerliche zu verkaufen, Hausgeheim, Potsdamerstraße 61.

Maurer! Hilfbreiter, auch ganze Tafeln, stets vorrätig. Gut-Bazar, 61, mir Potsdamerstraße 61. Bitte ausfindig. 1844\*

Großes Lager von Berliner Maurerplaster sowie auch Schrubbern in jeder Größe für Bauhandwerker hält auf Lager **Kirchner**, Wörlichstraße 66. 172\*

Kuhbaumbel, ganze Wirtschaft, sportlich, auch einzeln. Gartenstr. 32A. I. 1110. 7141

Widderverkauf, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung. Römer, Seckelstr. 61. 1864\*

Widderfabrik, Oranienstraße 2a, Mischelstraße 27, Spiegelstraße 24, Röhrenstraße, Ruhedbetten, Hochziehlische 5, Kleiderpinde, Wäschepinde, Auszugische 15, Schürzenrücken, Wäschebretter, Marmorrollen 27, Tischspinnereien 66, Paneele 75. Vollständige Einrichtungen aller Art. Eventuell Teilzahlung unter folgenden Bedingungen. 2212\*

Damenhäute billig. Dülz, Weinbergweg 13b. 0188

Uhren, Goldwaren, Teilzahlung. Bestellungen brieflich. Louis Bogel, Auguststraße 92. 1847\*

Fahrräder, erhaltend, zu Engrospreisen (auch Teilzahlung). Müllerslager, Kommandantenstraße 46 I. \*

Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswert. Schulz, Wortschauerstraße 14.

Halbrenner 155 Mark, Tourenmaschine 125 Mark, Damenrad 130 Mark, Laufband 10 Mark, jedes ein Jahr Garantie. Matern, O., Straußbergerstraße 24. 731\*

Nähmaschinen, ohne Anzählung, nebstentw. 1 Mark, fünfjährige Garantie, rich. und vorwärtsgehende Ringkloß, Schneidmesser, Bobbin, Adler, Kopfenreier Unterricht, alle redne an. Postkarte erbeten. sofort. Frige, Turmstraße 39, Nähmaschinen-geschäft. 17745

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzählung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Bestellung Postkarte. Nähmaschinen-geschäft Wille, Kirchof, Berlinstraße 84, nahe Herrmannplatz.

Waldschneid, Sparsysteme, Jeweloch 6.00, Dreifach 10.00, Gas-Platt-eisen, Schneider, Nähapparat billig! **Wohlaner**, Wollnertheaterstraße 32. 1849\*

Abnehmer, Feilb., Garbenbrünnen, Liche, Stühle, Hänge, Spaten, Billig. **Karl Kaufmann**, Wollnerstraße 19 am Ursan. 21/18\*

Staare, eine Mark, junge, lernen sprechen, spielen. Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 1869\*

Geschäftsleute, Werthhätten, 45 Bl. 1/2 Bauerschreiber 3 Mark. Brauerei-Verband. Wollnerstraße 63. 1670\*

Waiskrautbier, blutbildend, für Blutmangel, Brustkrankheiten, Schwächliche, Verdauungsstörungen, bessere Geschmacksfarbe, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3.50 erhaltend. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidend. **Vorwerk**, Wollnerstraße 182. 1845\*

Ein guter Kinderwagen zu verkaufen. **Wagler**, Friedrichsbergerstraße 8, Hof IV.

Schlaflose, 2 Vornisseil verkauft. **Petersburgerstraße 27, partiere.**

Nähmaschinen, beste Ringkloß, Bobbin, Adler, Schneidmesser, ohne Anzählung, wöchentlich 1 Mark, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort. Postkarte, **Wandberg**, Wollnerstraße 35, kein Laden. 1838\*

Kinderwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. **Brandenburgstraße 56, Sellenkugel I** 1880\*

Waldschneid 40, Staare 90, Waldschneid 75, jedes und billiges Univeralkutter, a Pfund 45, **Reichenbergerstraße 42** 1881\*

Seidenschleifen zu verkaufen. **Erstgen**, Stallstraße 106 bei **Partwig**.

Ein Billard verkauft. **Dennig**, Spandauerstraße 6. 730

## Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik, Jachon, alle Facharbeiten 24. **Reiter**, Wollnerstraße zur Ausbildung zum Elektromonteur in Theorie und Praxis nach bewährter Methode beginnt 17. Juli. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntags. 207R\*

Rechtsanw. erteilt **Grabi**, Wollnerstraße 41. 1770\*

Photographie, 6 Bild und 1 Kabinett, 2 Mark 50 Pfennige, Kinder- und Familiengruppen, jedes Personen, gleiche Preise. **G. Hering**, Schönhauser-Allee 146. 760\*

Stein-, Klinker-, Ziegel-, Gips-, Unterziegel, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.

Rechtsanw. erteilt **Grabi**, Wollnerstraße 41. 1770\*

## Rechtsbureau.

Rechtsbureau, Rechtsbureau, Wollnerstraße 63, (neben „Konfobin“).

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*

Geübte Belegerinnen für Gold- und Silberarbeiten, Wollnerstraße 15. 73\*